

«Debatte»

bfs Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Herbst 2011 | Nr. 18 | Verkaufspreis: Sfr. 3.–



Der Angriff auf Europas Arbeiter_innenklasse

Bild: Demo der «Empörten» («Los indignados»), Spanien im Sommer 2011

Somalia

Was steckt hinter der verheerenden Hungerkrise?

Arbeitskampf?

Was steht im Baugewerbe wirklich auf dem Spiel?

Geschichte

Waren Frauen im Spätmittelalter erwerbstätig?

Editorial

Am 25. März 2010 beschlossen die Länder der Euro-Zone einen «Notfallplan» für das vom Staatsbankrott bedrohte Griechenland. Am 28. November verabschiedeten die Finanzminister der EU ein «Hilfspaket» für Irland. Am 20. Mai 2011 stellte der IWF «Unterstützungskredite» für Portugal bereit. Spanien und Italien stehen ebenfalls unter dem «Druck der Märkte».

Die europäische Staatsschuldenkrise folgt auf die Immobilien- und Bankenkrise von 2007-08, als in der Schweiz die UBS «gerettet werden musste». Die Krisenserie ist das Resultat einer kapitalistischen Akkumulationsdynamik, die angesichts der immer ungleicheren Verteilung des Reichtums zunehmend auf Schuld und Kredit beruht. Die aktuelle Krise der Euro-Zone markiert den Übergang von der privaten zur staatlichen Verschuldung im Zentrum der kapitalistischen Kreditwirtschaft. Nachdem die Staaten die Banken gerettet haben, sind sie stärker verschuldet als je zuvor.

Im Umgang mit der Krise geht es auch um die Frage, wie das zukünftige Europa aussehen wird. Unter dem Vorwand, die kriselnden Länder zu «retten», findet ein Kampf zwischen verschiedenen Fraktionen des europäischen Kapitalismus statt. Der von Deutschland angeführte harte Kern der Euro-Zone versucht eine brutale Sparpolitik und verschärfte Wettbewerbsfähigkeitsnormen gegen die abschätzig als PIGS (Schweine) bezeichneten peripheren Länder durchzusetzen. Deren Regierungen können keine eigene Währung mehr abwerten, um dem Konkurrenzdruck auszuweichen. Frankreich befindet sich in einer Zwischenposition und verfolgt das Ziel, in Europa eine stärker eingreifende staatliche Wirtschaftspolitik durchzusetzen, um dem angelsächsischen und deutschen Kapitalismus die Stirn zu bieten. Aber auch im führenden Land des europäischen Kapitalismus – Deutschland – stehen die Lohnabhängigen auf der Verlierer_innenseite des Krisenmanagements. Und jede Niederlage der deutschen Arbeiter_innenklasse erhöht den Druck auf die peripheren Länder.

Die Redaktion

Zur Debatte...

INTERNATIONAL

- ▶ Israel: Was bedeutet es, wenn in einem Land mit rund 7 Millionen Einwohnern die Leute zu Hunderttausenden auf die Strasse gehen, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sich jedoch nur auf den demographisch dominierenden Teil der Bevölkerung bezieht? 3
- ▶ Somalia: Die verheerende Hungersnot in Somalia wird gerne der Trockenheit sowie dem Einfluss islamistischer Kräfte angelastet. Die Politik des Westens und insbesondere der USA bleibt unerwähnt. 6

EUROPA IM FOKUS

- ▶ Deutschland: **Das «Jobwunder» in Deutschland fusst auf einer** breiten Sozialabbaupolitik und der Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. Ein Blick hinter die bürgerliche Krisenstrategie im «Vorzeigeland» der EU. 10
- ▶ Italien: Die Sparprogramme haben die gesellschaftlichen Spannungen in Italien verschärft. Ob das soziale Konfliktpotential genutzt werden kann, bleibt offen. 13

FEMINISMUS

- ▶ Frauen im Spätmittelalter: Das allgemein vermittelte Geschichtsbild zur Erwerbsarbeit von Frauen ist oft mehr eine Projektion der heutigen Verhältnisse als dass es Tatsachen entspricht. 16

SCHWEIZ

- ▶ Arbeitskampf: Im Bauhauptgewerbe wird im Herbst über die Erneuerung des GAV verhandelt. Ein Blick auf den letzten Arbeitskonflikt erlaubt, den sich wandelnden Kontext der Verhandlungen zu verstehen. 18

NEUE LINKE

- ▶ Avantgarde-Diskussion: Welche Probleme sind mit der Vorstellung des Marxismus als überlegene Wissenschaft verbunden? 21

Nach über einem Jahrzehnt neoliberaler Privatisierungs- und Sozialabbaupolitik ist einem Grossteil der israelischen Bevölkerung der Kragen geplatzt. Mehrere Hunderttausend haben ihrem Protest gegen die massive Erhöhung der Lebenshaltungskosten auf der Strasse Ausdruck gegeben. Sie forderten unter anderem «soziale Gerechtigkeit». Leider betreffen die Forderungen der Bewegung nur den jüdischen Bevölkerungsteil des Landes und schon gar nicht die 4 Millionen Menschen in den von Israel besetzten Gebieten.

Hanspeter Gysin

Israel zwischen Besatzung und Protest

Mitte Juli protestierten in Israel Hunderttausende, anfänglich gegen Mietpreisswucher, später mit dem Anwachsen der Bewegung auch für Steuersenkungen, Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen, Senkung der Preise für Gas und Benzin etc. So ungefähr jeder 20. Israeli war auf der Strasse, die grössten Proteste die Israel seit den Demos gegen die Räumung des Gazastreifens gesehen hat. In den Rabatten des mondänen Rothschild Boulevards von Tel Aviv wurden

parastaatlichen Organisationen wie dem Jewish National Fund¹ befinden und von der staatlichen Israel Land Administration verwaltet werden. Land wird in Israel meistens im Baurecht und prinzipiell ausschliesslich an Interessenten, die als jüdisch gelten, vergeben.

Früher waren beim Kauf von Wohneigentum staatliche Darlehen mit einer Laufzeit von bis zu 25 Jahren die Regel, heute ist die Kreditvergabe privatisiert.

Auch Mieten stiegen exorbitant

Die Miete eines Studentenzimmers kostet in Tel Aviv etwa 450 Euro. Für 70 Quadratmeter Wohnraum muss mit 1000 Euro gerechnet werden.

So etwas wie einen Mieterschutz gibt es in Israel nicht. Die Regel ist, dass der Preis einer Mietwohnung jährlich neu verhandelt wird. In der Preisgestaltung ist der private Vermieter frei. Deshalb auch die Forderung nach staatlicher Mietpreiskontrolle.

Israel weist eine der höchsten Armut- und Ungleichheitsraten der OECD-Staaten auf. Das formale Existenzminimum für eine Familie mit 2 Kindern liegt bei ca. 800 Euro. Mehr als die Hälfte der Lohnabhängigen in Israel verdienen weniger als 1700 Euro im Monat. Die Inflation im Land bewegt sich um die 3 % jährlich. Die Preise in Israel liegen etwa auf dem Niveau der Schweiz, einige Güter kosten zwei oder drei Mal so viel wie in einem durchschnittlichen europäischen Land.

Auf der unteren Stufe der sozialen Skala stehen die Angehörigen der palästinensischen Minderheit. Doch nur in den wenigen Ortschaften, wo die Mehrheitsverhältnisse zwischen einheimischen Palästinensern und Juden etwas ausgeglichener sind, in bestimmten Quartieren von Haifa, Jaffa (bei Tel Aviv) und Nazareth (in Galiläa), wurden diese in beschränktem Mass in die Proteste miteinbezogen.

In noch prekärer Lage sind die importierten Arbeitskräfte aus den Philippinen, Thailand, Rumänien, China und Afrika, die nach der Abriegelung der besetzten Gebiete die entlassenen palästinensischen Arbeiter ersetzen mussten. Diese sind oftmals illegalisiert, weil ihre Anstellung von Agenturen im Auf-



Der Protest, eine rein israelisch-jüdische Angelegenheit.

in den ersten Augustwochen hunderte Zelte der Protestierenden aufgestellt. In mehreren anderen Städten zeigte sich ein ähnliches Bild.

Die Explosion der Wohnungspreise

In den städtischen Zentren sind heute die Wohnungen zwischen 40 und 60 Prozent teurer als vor vier Jahren, in anderen Regionen stiegen die Preise in diesem Zeitraum um 20 bis 50 Prozent. Diese massive Preissteigerung fand statt, obwohl 90% der Baulandreserven auf israelischem Territorium sind in staatlichem Besitz oder im Besitz von

Aus Angst vor einer «Immobilienblase», die platzen könnte, wurden staatliche Massnahmen zur Eindämmung der Immobilienspekulation ergriffen. Im Oktober letzten Jahres wurden, nicht zuletzt infolge der wachsenden Zahl zahlungsunfähiger Wohnungsbesitzer, die Regeln für Bankkredite verschärft.

Ab einer Kaufsumme von 160'000 Euro wurden die Eigenkapitalanforderungen von **40 auf 60% erhöht. Nur, die 160'000 Euro** muss man in den Ballungszentren bereits für eine 3-Zimmer-Wohnung auf den Tisch legen. Die Leute in den Zentren können sich folglich den Kauf einer Wohnung kaum mehr leisten.

«Im Kern geht es gegen die mittlerweile schmerzlich spürbaren Auswirkungen der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte.»

trag bestimmter Unternehmen erfolgte und sie als Nichtjuden keine Chance auf Niederlassung haben. Verlieren sie aus irgend einem Grund die Stelle, erlischt auch ihr Aufenthaltsrecht. Viele tauchen danach unter, um ihre Arbeitskraft auf einer Art Arbeiterstrich frühmorgens in der städtischen Peripherie Kleinunternehmern anzubieten, die nach billigen Tagelöhnern Ausschau halten. Die Proteste fordern formal zwar auch «soziale Gerechtigkeit» die ärmsten Schichten Israels und die etwa eine Viertelmillion nichtjüdischen Billigarbeitskräfte aus Übersee spielen dabei jedoch keine Rolle.

dass die Öffentlichkeit die Linke hasst. Politisch links zu stehen bedeutet in der öffentlichen Meinung Israels, gegen die Besatzungspolitik zu sein und von den kolonialistischen Bestrebungen des Zionismus Abstand zu nehmen. Dies wird als antiisraelisch gesehen, von vielen mit Nestbeschmutzung oder gar Landesverrat gleichgesetzt. Besonders die Studierendenorganisationen, deren Kader, was nahe liegt, vorwiegend aus Offizieren der Besatzungstruppen bestehen, pochen darauf «unpolitisch» zu bleiben. Es wird alles getan, um das Thema Besatzungspolitik und den täglichen Terror gegen

Auch die Siedler_innenbewegung beteiligte sich, nach anfänglichem Zögern, an den Protesten. Wen wundert es, dass sie als Lösung des Wohnproblems empfiehlt, die Wohnbautätigkeit auf besetztem Gebiet voranzutreiben? Die Regierung ihrerseits hat in den letzten Wochen den Bau von weiteren 5400 Wohneinheiten im Westjordanland, 3600 in Ostjerusalem und 1800 in den Siedlungen um Jerusalem angekündigt. Der Druck, den massiv subventionierten Wohnraum auf geraubtem und damit kostenlosen Boden zu beziehen, steigt also für diejenigen, die sich eine Wohnung in Israel

Eine unpolitische Bewegung?

Die führenden Kräfte der Bewegung bestehen darauf, es handle sich nicht um einen «politischen», sondern um einen «sozialen» Protest. Sie wollen, wie sie sagen, keinesfalls in die «linke Ecke» gestellt werden. Die Regierung, heisst es, könnte den Protest mittels dieses Etiketts delegitimieren und es sei klar,

«Auch die Siedlerbewegung beteiligte sich, nach anfänglichem Zögern, an den Protesten.»

die palästinensische Bevölkerung herauszuhalten. Die paar vereinzelt palästinensischen Fähnchen und Poster der *Anarchists against the Wall*, die versuchten, den Zusammenhang der Wohnungsnot mit den gigantischen

nicht mehr leisten können. Dies obwohl aus naheliegenden Gründen. Viele Israelis lieber nicht in den besetzten Gebieten wohnen möchten.

Die Tatsache, dass ein grosser Teil der staatlichen Wohnbauförderung in die Siedlungen fliesst und nicht in den sozialen Wohnungsbau auf Israels Territorium, und dass dies wiederum etwas mit der Wohnungsnot zu tun haben könnte, ist tabuisiert und wird nur von einer winzig kleinen Minderheit der Protestierenden thematisiert.

Culturescapes Israel 2011 – Keine Bühne für Apartheid und Besetzung

Die Veranstaltungsreihe mit dem Label Culturescapes Israel 2011 findet mit Schwergewicht Basel an verschiedenen Orten der Schweiz statt und ist Teil einer Propagandaoffensive der Besatzungsmacht in Palästina, die in letzter Zeit mit einem Imageproblem zu kämpfen hat.

Dargestellt werden soll ein modernes, tolerantes, friedliebendes, fortschrittliches und sympathisches Israel. Von israelischen Public-Relations-Firmen ausgeheckt und vom israelischen Aussenministerium gefördert und mitfinanziert, sollen mit solchen Veranstaltungen der tägliche Landraub, die andauernde Vertreibung von palästinensischen Einheimischen, die wachsende Mauer der Apartheid, die Häuserzerstörungen, die Massaker an Zivilisten, kurzum die unzähligen Menschen- und Völkerrechtsverstöße Israels vergessen gemacht werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2011 finden überall dort, wo Culturescapes Israel 2011-Veranstaltungen angesagt sind, Protestveranstaltungen statt.

Infos unter: www.nahostfrieden.ch

schon Aufwendungen für die Besatzungspolitik aufzuzeigen, wurden im Protestcamp unter Gewaltandrohung umgehend entfernt.

Weniger Probleme haben die der Armee nahestehenden zionistischen *Scouts*, die uniformierten Jugendgruppen der Gewerkschaft Histadrut², sowie studentische Thora-Gebetsgruppen, die alle ihre Zelte auf dem Rothschild Boulevard haben.

Was hinter der Apartheidmauer liegt, interessiert niemanden. Es bleibt eine jüdische Revolte, für «gleiche Rechte» zwar, aber ohne «Araber». Es bleibt bei der Selbstverständlichkeit der tagtäglich gelebten Apartheid.

Siedlungen als Ausweg?

Gegen die neoliberale Politik

Im Kern geht es gegen die mittlerweile schmerzlich spürbaren Auswirkungen der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte. Das Ziel der führenden Kräfte der Bewegung ist eine mindestens graduelle Rückkehr zum sogenannten Wohlfahrtsstaat früherer Zeiten. Doch dies unter Ausklammerung wesentlicher Ursachen, die zur sozialen Misere geführt haben. Die grundsätzlichen Machtverhältnisse sollen nicht angetastet werden. Der Titel des formulierten Forderungspakets der Bewegung lautet denn auch: «Für eine Erneuerung der Beziehungen zwischen den Bürgern Israels und dem Israelischen Staat». So gehen auch die Medien des Landes er-

staunlich vorsichtig mit der Bewegung um und berichten über jede ihrer Regungen. Ja, die Regierung wirft der Presse sogar vor, die

pferchten Menschen mit einem massiven Bombenhagel eingedeckt und eine neue Eskalation der Auseinandersetzung provoziert.



Der Vorsitzende der israelischen Studierendenunion und Anführer der Proteste Itzik Shmuli im Gespräch mit Ministerpräsident Shimon Peres.

Zahlen der Demonstrierenden nach oben frisiert zu haben. In Umfragen stehen etwa **85% der jüdischen Israelis den Protesten** wohlwollend gegenüber.

Gegen diese Mittelstandsbewegung, wohlgezogen und unbedrohlich kann die israelische Regierung natürlich nicht mit Waffengewalt vorgehen, wie sie das bei Protesten der palästinensischen Bevölkerung zu tun beliebt. Zu erwarten war, dass sie versuchen wird, den Konflikt auszusitzen und auf das Ende der Semesterferien zu hoffen.

Was tut die Regierung?

Das Attentat auf den mit Militärs besetzten Bus bei Eilat am 19. August hat der Regierung eine Gelegenheit geboten, durch eine militärische Eskalation die Aufmerksamkeit wieder auf den einigenden bösen Feind von Aussen zu lenken. Ohne Vorliegen klarer Hinweise³, dass die Attentäter aus dem Gazastreifen stammen, wurden die dort einge-

Einige Kundgebungen wurden zwar aus Sicherheitsgründen abgesagt, doch die Protestierenden bestanden zunächst darauf, ihre

«Die führenden Kräfte der Bewegung bestehen darauf, es handle sich nicht um einen ‚politischen‘, sondern um einen ‚sozialen‘ Protest.»

Aktionen trotzdem fortsetzen zu wollen. Tendenziell hat sich für kurze Zeit sogar eine Radikalisierung eines Teils der Bewegung abgezeichnet. Im Unterschied zu der dominierenden Studierendenunion, die ein Gesprächsangebot mit einer von der Regierung ernannten Kommission (Trajtenberg commission) akzeptiert hat, verlangte eine Fraktion die Weiterführung der Proteste bis die Regierung ein klares, verbindliches Entgegenkommen zusagt. Doch in der Zwischenzeit hat die Führung der Bewegung eingewilligt, die Zeltstätten nach und nach abzubauen. Sie erklären, mit anderen Mitgliedern weiter kämpfen zu wollen.

«Was hinter der Apartheidmauer liegt, interessiert niemanden.»



1 Der Jüdische Nationalfonds (oder KKL = Keren Kayemet LeYisrael) ist eine parastaatliche Organisation welche in erster Linie, die durch das Gesetz über abwesende Grundbesitzer (absentee law) der palästinensischen Bevölkerung enteignetes Land verwaltet. Eine wesentliche Rolle spielte der JNF dabei, die ehemaligen Dörfer der Vertriebenen dem Erdboden gleich zu machen und auf dem Land Bäume zu pflanzen, wofür die Organisation in aller Welt Gelder sammelt. Nebenbei mag interessieren, dass David Cameron, Premierminister von Grossbritannien, bis vor Kurzem Ehrenvorsitzender der britischen Abteilung des JNF war.

2 Der Gewerkschaftsbund Histadrut rief zunächst, unter dem Druck der Ereignisse auf den 1. August zu einem «Generalstreik» auf, um ihn kurz danach in der Folge von Gesprächen mit der Regierung, wieder ersatzlos abzusagen. Die ideale Methode, eine Bewegung ins Offside zu manövrieren und zu demobilisieren. Histadrut tut auch alles um Rücktrittsforderungen gegenüber der Regierung Nethanyahu/Liebermann zu vermeiden, weil die ihr nahestehende sozialdemokratische Arbeitspartei in der Öffentlichkeit vollkommen diskreditiert ist, in den letzten Jahren einen grossen Teil ihrer Mitglieder verloren hat und damit derzeit keine Wahlalternative mehr sein

kann. Sie befürchtet also, dass der rechtsradikale Rassist Liebermann bei den Wahlen im November 2013 Hauptprofiteur der Krise sein wird.

3 Israel bombardierte den Gazastreifen während einer Woche als Rache für den Anschlag von Eilat, doch bis heute weiss keiner, wer die Attentäter waren und ob sie wirklich aus Gaza stammten. Amira Hass schrieb in der Tageszeitung Haaretz vom 25. August 2011: «Gazans doubt responsibility of Popular Resistance Committees and their military wing: Egypt newspaper identifies three of attack planners as Egyptians.»

Die absurden Märchen, wonach alleine Dürre, «ethnische Konflikte» und der islamistische Terrorismus zu Elend und Hunger in Somalia geführt haben, halten sich hartnäckig und werden immer wieder medial verbreitet. Wie der folgende Artikel von Lee Wengraf zeigt, hat die vom Westen auferzwungene Spar- und Privatisierungspolitik – verbunden mit gezielten Militärinterventionen, vor allem seitens der USA – zur Misere geführt. (Red.)

Lee Wengraf*

Die Ursprünge des Hungers in Somalia

Das westafrikanische Land Somalia ist derzeit Schauplatz eines nicht enden wollenden menschlichen Albtraums. Laut den Vereinten Nationen sind während der letzten Monate zehntausende Menschen ums Leben gekommen.

Eine Krise gigantischen Ausmasses

Über drei Millionen Menschen sind derzeit direkt betroffen, weitere 10 Millionen befinden sich in einem kritischen Zustand. Laut der BBC sind rund 640'000 Kinder unterernährt, von 10'000 Kindern sterben mindestens sechs pro Tag.¹

Antonio Guterres, Leiter des Flüchtlingskommissariats der UN, liess im Juli verlauten, Somalia sei derzeit das schlimmste menschliche Desaster der Welt.² Die UNO erklärte die Krise in Somalia offiziell zur Hungersnot – was seit der offiziellen Implementierung des Begriffes im Jahre 1984 zum ersten Mal geschah.³

Tausende Somalier_innen sind in Flüchtlingscamps in Kenia und Äthiopien geströmt. Die Bevölkerung des grössten Flüchtlingscamps in Kenia (Dadaab) wächst jeden Tag um 1300 Menschen und könnte demnächst eine halbe Million Menschen beherbergen.⁴ Die UNO liess verlauten, dass über vier Millionen Kenianer_innen von Hunger bedroht sind⁶, die Abteilung für Ernährungssicherheit und Analyse geht davon aus, dass dieser Zustand noch bis im Dezember 2011 andauern wird.

Wer ist Schuld?

Die US-Regierung schiebt die Verantwortung für die massive Hungersnot den islamischen Al-Shabaab-Rebellen zu, die den vom

Hunger am meisten betroffenen südlichen Teil Somalias kontrollieren. Die Al-Shabaab-Rebellen befinden sich seit vier Jahren im Kampf gegen die von der US-Regierung unterstützte somalische Übergangsregierung und werden von den USA als terroristische Organisation sowie als Arm der Al-Qaida

liegen vor allem jahrzehntelange Interventionen seitens des Westens zu Grunde.

Mangelnde Ressourcen

Vertreter_innen von Hilfsorganisationen bezeichnen nicht die Al-Shabaab-Rebellen,



Einsatz des US-Militärs in Somalia 1992.

bezeichnet.

Washington beschuldigt die Rebellen, die Zugangswege zu den von Dürre und Hunger betroffenen Gebieten zu blockieren. Nachdem die Rebellen einigen internationalen Organisationen erneut den Zugang verweigert hatten, liess Aussenministerin Hillary Clinton am 4. August verlauten, die Al-Shabaab-Rebellen «verhinderten die Unterstützung für die verletzlichsten Teile der somalischen Bevölkerung».⁷

Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Dürre und die Politik in Somalia mögen noch so schlimm sein, der aktuellen Krise

sondern mangelnde Ressourcen als Haupthindernis bei der Hilfe. «Die Grenzen unserer Handlungsfähigkeit liegen in der Logistik, nicht im Zugang», so Anna Schaaf, Sprecherin des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes.⁸ Sowohl UNICEF (United Nations Children's Fund, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) als auch das Rote Kreuz sehen in der Beschaffung von Nahrungsmitteln sowie der Koordinierung der Flüge die Hauptschwierigkeiten. «Die mangelnden Nahrungsmittelreserven in Somalia werfen ein schlechtes Licht auf die internationale humanitäre Gemeinschaft», liess Tony

«Der linke Journalist Jeremy Scahill entdeckte während seines Besuches in Somalia eine versteckte Basis der CIA in der Nähe des Flughafens von Mogadischu, in der Leute aus Kenia und Äthiopien verhört werden.»

Burns, Direktor von Saacid, der ältesten Nichtregierungsorganisation Somalias, im britischen Guardian verlauten. Die Rebellen mögen einige Fluchtwege der Flüchtlinge im Süden blockieren. Allerdings, so Burns weiter, seien die Rebellen nicht monolithisch (einheitlich) und liessen mit sich verhandeln. «In einigen Regionen sind sie sehr radikal, in anderen sehr moderat. In Gebieten, in denen ihre Präsenz schwach ist, werden die Regeln oft von Clans bestimmt.»

Die Nothilfe für die Bevölkerung wird nicht zuletzt auch dadurch behindert, dass die US-Regierung materielle Hilfe, die den Rebellen mittels inoffizieller «Steuern» zu Gute kommt, untersagt hat.⁹

Steigende Nahrungsmittelpreise

Auch die Nahrungsmittelpreise begannen, angetrieben durch Spekulation und Profitstreben, nach ihrem bisherigen Höchststand von 2008 wieder zu steigen. Die Preise für Getreide in Somalia lagen vergangenen Mai **240% über dem Jahresdurchschnitt von 2009.**¹⁰

Obwohl die Vereinten Nationen 1,6 Milliarden Dollar zur Bewältigung der Krise verlangten, erhielten sie nur die Hälfte. Andrew Mitchell, der britische Minister für Internationale Entwicklung, bezeichnete die Mass-

nahmen der entwickelten Länder als «lächerlich und gefährlich unangemessen».¹¹

Die US-Hilfe

Mit erbärmlichen 28 Millionen Dollar haben die USA auf die Anfrage der UNO nach finanzieller Soforthilfe reagiert. Hillary Clinton betonte zwar, dass die USA schon zuvor 431 Millionen Dollar in Form von Nothilfe für Somalia aufgewendet hätten.¹² Allerdings wurde ein grosser Teil dieses Betrages in Form von militärischer Unterstützung geleistet. Sowohl die somalische Regierung als auch die 9000 Mann starke Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISON) erhielten militärische Unterstützung. Die AMISON setzt sich vor allem aus Truppen aus Uganda und Burundi zusammen und hat mit ihrer Präsenz den Bürgerkrieg, der Millionen von Somalier_innen terrorisiert, weiter angeheizt.

Die direkte militärische Beteiligung an der «Terrorismusbekämpfung» stellt ein weiteres Hauptelement der US-Aussenpolitik in der



Carter F. Ham, General der US Army und seit März 2011 Kommandeur des United States Africa Command (AFRICOM): Laut Obama soll er sich in Zukunft noch mehr in Somalia einmischen.

Region dar. Dieses Engagement hat sich mit dem zunehmenden Einsatz von Drohnen noch verstärkt.¹³

Der linke Journalist Jeremy Scahill entdeck-

Die Geburt der Dritten Welt

In seinem 2004 erschienen Buch «Die Geburt der Dritten Welt» (engl. *Late Victorian Holocaust*) legt der Soziologie und Historiker Mike Davis eindrücklich dar, wie schon die verheerenden Hungersnöte des 19. Jahrhunderts das Resultat eines Zusammenspiels von extremen weltweiten Veränderungen des Klimas (El-Niño Southern Oscillation), einer zunehmend integrierten Weltwirtschaft, der zugehörigen Freihandelsideologie und des Imperialismus waren. «Millionen starben nicht ausserhalb des **modernen Weltsystems**, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den ökonomischen und politischen Strukturen

anzupassen. Sie starben im goldenen Zeitalter des liberalen Kapitalismus; viele wurden durch die dogmatische Anwendung der heiligen Prinzipien von Smith, Bentham und Mill regelrecht ermordet». Die Spekulation mit Getreide und die explosionsartig steigenden Preise machten den Armen den Erwerb durchaus vorhandener Nahrungsmittel unmöglich. Die Exportwirtschaft wurde durch Monokulturen gefördert («cash crops»), während für die Versorgung der Bevölkerung nur noch die weniger ergiebigen Felder zur Verfügung standen. Das über Jahrhunderte entstandene System der gegenseitigen Hilfe und der Umverteilung

und die traditionell praktizierten Abwehrmechanismen (Vorratsspeicherung, Bewässerungssysteme, Hochwasserkontrolle, Erosionsschutz), die bisher in Zeiten extremer klimatischer Bedingungen die Nahrungssicherheit stützten, wurden durch die Kolonialmacht radikal geschwächt.

- ▶ Siehe dazu den Artikel in *Debatte* Nr. 5 (2008): «**Gesellschaftlich fabrizierte Hungersnöte**» von Sarah Schilliger.
- ▶ Mike Davis (2004): *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter*. Assoziation A.

«Für die USA war das Horn von Afrika schon während des Kalten Krieges von strategischer Bedeutung.»

te während seines Besuches in Somalia eine versteckte Basis der CIA in der Nähe des Flughafens von Mogadischu, in der Leute aus Kenia und Äthiopien verhört werden.¹⁴ Zur Basis gehört auch eine geheime Einsatztruppe. US-Agenten sind rund um die Uhr anwesend, wie Scahill von einem ehemaligen somalischen Agenten erfuhr.¹⁵

Die Autoren der US-amerikanischen Internetseite der «Schwarzen Linken» (Black Agenda Report) betonen, dass die Eskalation des Militärkonfliktes, angetrieben durch die USA, direkt mit dem Hunger zusammenhängt: «Die USA haben Milizen bewaffnet, die nahe der äthiopischen und kenianischen Grenze operieren und es der regionalen Bevölkerung verunmöglichen, ihren landwirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen. Dies hat die weltweite Krise gefördert.»¹⁶

Präsident Barack Obama äusserte sich schon 2009 in Ghana zum strategischen Risiko, das von der Instabilität der Region ausginge und betonte, wie wichtig es sei, dass das Regionalkommando der US-Streitkräfte für Afrika (AFRICOM, United States Africa Command) diese Bedrohungen bekämpfe: «Wenn ein Genozid in Darfour stattfindet oder sich Terroristen in Somalia aufhalten, sind das nicht einfach afrikanische Probleme, sondern globale Sicherheits Herausforderungen, die nach einer globalen Antwort verlangen. Und lassen sie mich Klartext sprechen: Unser Afrika-Oberbefehlshaber ist dabei, einen Stützpunkt auf dem Kontinent zu errichten, um diesen gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen und die Sicherheit von Amerika, Afrika und der Welt zu erhöhen.»¹⁷

AFRICOM war 2007 unter George Bush gegründet worden und hat für das kommende Jahr ein Budget von beinahe 300 Millionen Dollar – 20 Millionen mehr als letztes Jahr.¹⁸ Somalia stellt ein kritisches Element der Präsenz von AFRICOM dar. Im Juli liess die Obama-Administration verlauten,

US-Marines würden nach Afrika geschickt, um dort die afrikanischen «Friedenstruppen» zu trainieren. 75 Millionen Dollar seien alleine für die Unterstützung der somalischen «Terrorismusabwehr» vorgesehen.¹⁹



Eine somalische Frau mit ihrem Kind wartet auf Lebensmittel in einem Flüchtlingscamp.

Historische Ursachen

Doch die Verantwortung des Westens für die aktuelle Krise geht weiter. Die globale Spar- und Privatisierungspolitik, die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausging und weiter ausgeht, hat seit Beginn der Strukturanpassungen in den 70er Jahren verheerende Schäden in der Dritten Welt angerichtet. Noch bis in die 70er Jahre konnte sich Somalia – trotz Dürreperioden – selbst ernähren²⁰, doch die globale Finanzpolitik drückte die Löhne der Bauern und trieb die Kosten in die Höhe. Sie ebnete den Weg für den Bürgerkrieg, der 1988 ausbrechen sollte.

Für die USA war das Horn von Afrika schon während des Kalten Krieges von strategischer Bedeutung – auf Grund seiner Nähe zu Haupthandelsrouten wie dem Suezkanal, des Zugangs zum Mittleren Osten und zu Südasien. Das globale Wettrüsten zwischen den USA und der UdSSR führte zu Stellvertreterkriegen in der Region.²¹

Militarisierung, Strukturanpassungen und der Bürgerkrieg in den späten **80er Jahren führten schon damals zu einer schrecklichen Hungersnot, die bis 1991 300'000 Menschenleben kostete.** Die USA behaupteten, dass die Hungersnot eine Militärintervention rechtfertige und sandten 1992, damals noch unter Führung der UNO, Streitkräfte in die Region, obwohl die schlimmste Periode der Hungersnot einige Monate vorher stattgefunden hatte und die Sterblichkeitsrate um 90% gefallen war. Das Eingreifen der US-Truppen kostete laut offiziellen Angaben alleine im Sommer 1993 **weiteren 6'000 bis 10'000 Menschen** das Leben, zwei Drittel davon Frauen und Kinder.

Die Intervention verschlechterte die Situation in Somalia dramatisch. Seit her befindet sich Somalia am untersten Ende der Skala zur menschlichen Entwicklung (Human Development Measurements), sei es punkto Lebenserwartung oder Kindersterblichkeit.

Seit 1991 haben wiederum durch die USA unterstützte Bürgerkriege das Land noch weiter zerstört.

Krieg und Zerstörung ohne Ende

2006 startete das benachbarte Äthiopien eine Invasion in Somalia. Ziel war es, den Obersten Islamischen Gerichtsrat (ICU, Islamic Courts Union), der sich seit einigen Monaten an der Macht hielt und es geschafft hatte, das Land ein wenig zu stabilisieren, zu stürzen. Dass die USA die äthiopischen Truppen unterstützten, finanziert und ausgebildet

«Für viele von uns, die sich ein Ende des Krieges und des Hungers in Somalia wünschen, sind die Friedenstruppen der Vereinten Nationen (Blauhelmtuppen) keine Lösung.»

hatten, ist dabei ein nur schlecht behütetes Geheimnis. Das Gleiche gilt für die Unterstützung Washingtons bei der Etablierung der somalischen Übergangsregierung. Als die äthiopischen Truppen im Jahre 2009 das Land verliessen, hinterliessen sie einen eskalierten Bürgerkrieg und das daraus resultierende Flüchtlingsdrama.²² **Ungefähr 10'000 Menschen wurden getötet, 1,1 Millionen** wurden zu Flüchtlingen. Die Organisation Human Rights Watch veröffentlichte im Dezember 2008, kurz vor dem Rückzug Äthiopiens, einen Bericht, der die kommende Krise schon ankündigte: Mehr als 3,25 Millionen Somalier_innen, und damit mehr als 40% der Bevölkerung von Süd- und Zentral-somalien, seien dringend auf humanitäre

«Im Kampf gegen die Rebellen scheinen die USA nicht an einer Kooperation mit der somalischen Regierung festzuhalten. Die US-Strategie in Somalia ist zweigleisig: Einerseits finanziert und bildet die CIA somalische Agenten aus, die nicht unter strenger Kontrolle der somalischen Regierung stehen. Gleichzeitig operieren die US-amerikanischen JSOC (Joint Special Operations Command, Kommandoeinrichtung der US-Streitkräfte, die Verbundoperationen mit mehreren Spezialeinheiten durchführt) unilateral und ohne zwingende Absprache mit der somalischen Regierung. Andererseits erhöht das Pentagon seine Aktivitäten bei der Bewaffnung afrikanischer ‚Antiterror-Milizen‘, die nicht aus Somalia stammen.»²⁵

* Die Originalversion des Artikels auf Englisch (*The roots of Somalia's famine*) findet sich auf: <http://socialistworker.org/print/2011/08/11/roots-of-somali-famine>

1 www.bbc.co.uk/news/world-africa-14430283

2 www.wfp.org/content/un-calls-somalia-drought-refugee-crisis-'worst-humanitarian-disaster'-world

3 [www.alternet.org/newsandviews/article/637003/west-](http://www.alternet.org/newsandviews/article/637003/west-ern-apathy-causes-starvation-and-devastation-abroad-_u.n._officially_declares_famine_in_somalia/)

[ern-apathy-causes-starvation-and-devastation-abroad:_u.n._officially_declares_famine_in_somalia/](http://www.alternet.org/newsandviews/article/637003/west-ern-apathy-causes-starvation-and-devastation-abroad-_u.n._officially_declares_famine_in_somalia/)

4 www.oxfamamerica.org/emergencies/food-crisis-in-east-africa/what-oxfam-is-doing

6 www.bbc.co.uk/news/mobile/world-africa-14394659

7 www.bbc.co.uk/news/world-africa-14417545

8 www.guardian.co.uk/world/2011/aug/04/somalia-famine-food-aid-unicef-al-shabaab

9 www.nytimes.com/2011/07/21/world/africa/21somalia.html

10 http://www.fews.net/docs/Publications/Horn_of_Africa_Drought_2011_06.pdf

11 www.ipsterraviva.net/UN/news.asp?idnews=56570

12 [www.alternet.org/newsandviews/article/637003/west-](http://www.alternet.org/newsandviews/article/637003/west-ern-apathy-causes-starvation-and-devastation-abroad-_u.n._officially_declares_famine_in_somalia)

[ern-apathy-causes-starvation-and-devastation-abroad:_u.n._officially_declares_famine_in_somalia](http://www.alternet.org/newsandviews/article/637003/west-ern-apathy-causes-starvation-and-devastation-abroad-_u.n._officially_declares_famine_in_somalia)

13 www.nytimes.com/2011/07/02/world/africa/02somalia.html

14 www.democracynow.org/2011/7/13/jeremy_scahill_reveals_cia_facility_prison

15 www.thenation.com/article/161936/cias-secret-sites-somalia

16 www.blackagendareport.com/content/worlds-worst-humanitarian-crisis-somalia-us-sends-marines-and-more-drones

17 www.youtube.com/watch?v=NMfv11EkpU

18 www.fas.org/sgp/crs/natsec/RL34003.pdf

19 www.stripes.com/news/africom-marine-task-force-to-help-train-militaries-fighting-al-qaida-linked-groups-in-somalia-magreb-region-1.148904

20 www.pambazuka.org/en/category/features/75419

21 <http://isreview.org/issues/77/feat-somalia.shtml>

22 <http://socialistworker.org/2009/02/09/somalia-nightmare>

23 <http://africasacountry.com/2011/07/14/drones-in-somalia>

24 www.bbc.co.uk/news/world-africa-14430283

25 www.nytimes.com/2011/08/07/world/africa/07somalia.html

«Der Fall und die Fragmentierung des Islamischen Gerichtsrates erleichterte den Aufstieg der Al-Shabaab-Rebellen, dem bewaffneten Arm des Gerichtsrates.»

Hilfe angewiesen.

Alex Thurston beschrieb im Sahel-Blog die Situation folgendermassen: «Der Fall und die Fragmentierung des Islamischen Gerichtsrates, kombiniert mit der Brutalität der äthiopischen Besetzung, erleichterte den Aufstieg der Al-Shabaab-Rebellen, dem bewaffneten Arm des Gerichtsrates.»²³

Fremdinterventionen auch in Zukunft?

Die Umstationierung von US-Marines und die jüngste Unterstützung der «Terrorismusabwehr» haben eine erneute US-Intervention in naher Zukunft wahrscheinlich gemacht. Die derzeitige Hungersnot wird – ähnlich wie schon 1992 – weiter zur Eskalation in der Region beitragen. Am 6. August dieses Jahres zogen sich die Al-Shabaab-Rebellen aus einigen von ihnen kontrollierten Gebieten der Hauptstadt Mogadischu zurück.²⁴ Zuvor hatten sie etwa zwei Drittel der Stadt kontrolliert.²⁵ Doch ob die aktuelle Regierung die Kontrolle über die Stadt behalten kann, steht noch offen.

Scahill beschreibt die Situation in der Wochenzeitung *The Nation* folgendermassen:

Ugandas Präsident Yoweri Museveni, ein enger Verbündeter der USA, forderte unlängst eine Flugverbotszone über Südsomalia. Peter King, republikanischer US-Senator, treibt die Kriegspropaganda in den USA weiter an, indem er die Angst vor dem Terrorismus in den USA weiter am leben erhält und behauptet, die Al-Shabaab-Rebellen rekrutierten somalische US-Bürger für ihre Aktivitäten.²⁶

Für viele von uns, die sich ein Ende des Krieges und des Hungers in Somalia wünschen, sind die Friedenstruppen der Vereinten Nationen (Blauhelmtuppen) keine Lösung. Denn die UN-Truppen folgen dem Diktat der US-Interessen, so wie sie es auch **1993 während ihrer letzten «humanitären Intervention»** in Somalia taten.

Die US-Regierung will in erster Linie ihre Dominanz in der strategisch kritischen Region aufrecht erhalten. Die Hungersnot und Tausende Tote sind Opfer, die sie dafür in Kauf nimmt. Aktivist_innen, die gegen den Krieg und für soziale Gleichheit kämpfen, müssen dringend aktiv werden. Die Misere in Somalia zu beenden bedingt, dass die USA Somalia ein für allemal verlassen. ♦

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der deutschen Regierung weist in den letzten zehn Jahren eine offensichtliche Kontinuität auf. Die bürgerliche Krisenstrategie zielt auf eine Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten bei gleichzeitiger Garantie von Unternehmensgewinnen. Das Beispiel Deutschland erlaubt, die allgemeine kapitalistische Strategie gegen die Krise zu verstehen. (Red.)

Lothar Moser

«Jobwunder» Deutschland

«Unternehmen können oft extrem niedrige Gehälter durchsetzen, weil sich die Machtverhältnisse zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben haben. Die Angst vor Hartz IV sorgt dafür, dass sie Lohnneinbussen akzeptieren und notfalls auch extrem schlecht bezahlte Minijobs oder Leiharbeiter-Stellen annehmen.» So der Kommentar von Petra Roth in der *Frankfurter Rundschau* vom 19. Juli 2011 zu einem Artikel in derselben Zeitung über die neuesten, bisher unveröffentlichten Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Lohndruck durch atypische Beschäftigung

Verteilungsforscher Markus Grabka vom DIW hat neue Umfrageergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (Soep)¹ über die realen Nettoeinkommen in Deutschland ausgewertet. Er kommt zum Schluss, dass Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen starke Einbußen erlitten: Ihre Realeinkommen, also die preisbereinigten Nettogehälter, sanken in den letzten zehn Jahren um 16 bis 22 Prozent.

Insgesamt sind die realen Nettolöhne durchschnittlich um 2,5 Prozent gesunken. Betrug das reale Durchschnittseinkommen im Jahr 2000 noch 1429 Euro, so fiel es innerhalb von zehn Jahren auf 1394 Euro. Das liegt vor allem an der wachsenden Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Damit sind Temporärarbeit, befristete und geringfügige Stellen sowie Teilzeitjobs mit einer Arbeitszeit unter 20 Wochenstunden gemeint. Ihre Zahl stieg 2010 in Deutschland auf 7,84 Millionen.

Von wegen «Jobwunder»

Politik und Wirtschaft in Deutschland jubeln über tolle Arbeitsmarktzahlen. In den vergangenen zwölf Monaten sind in der Bundesrepublik 692'000 sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Das klingt super. Bei genauer Betrachtung zeigt sich aber, dass über 250'000 dieser Stellen Zeitarbeitsjobs

sind, so das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen.

Das angebliche «Job-Wunder» im derzeitigen Nach-Krisen-Aufschwung in Deutschland beruht also hauptsächlich auf der Zunahme von Temporärarbeit. Ehemals fest angestellte Arbeiter_innen werden nach der Krise in temporären Arbeitsverhältnissen mit durchgängig weniger Lohn neu eingestellt. Im Jahr 2010 waren von den 322'000 ge-

(2006) verdienen, erreichen Temporärarbeitskräfte mit 9,71 Euro nur gut die Hälfte. Wegen der niedrigen Löhne müssen 11,5 Prozent der Betroffenen ergänzend Hartz IV-Leistungen für die Grundsicherung in Anspruch nehmen, fünfmal mehr als der Durchschnitt aller Beschäftigten.

Ein weiterer beträchtlicher Teil der neu geschaffenen Stellen sind sogenannte 400-Euro-Jobs (Minijobs). Mittlerweile müssen sich



Das deutsche «Jobwunder» fusst vorwiegend auf prekärer Arbeit.

schaffenen Arbeitsplätzen 187'000 Temporarstellen. Im Oktober 2010 waren in Deutschland mehr als 900'000 Temporärar-

gegen 5 Millionen Menschen in Deutschland mit einer solchen Stelle zufrieden geben. Minijobber_innen erhalten maximal 400

«Betrug das reale Durchschnittseinkommen im Jahr 2000 noch 1429 Euro, so fiel es innerhalb von zehn Jahren auf 1394 Euro.»

beiter_innen beschäftigt, deutlich mehr als beim bisherigen Höchststand vor der Krise (742'000). Während Vollzeitbeschäftigte im Durchschnitt 18,04 Euro brutto pro Stunde

Euro im Monat, viele verdienen noch weniger. Davon kann kein Mensch leben. Die Arbeitszeit der Minijobber_innen beträgt laut der Bundesagentur für Arbeit (IAB) im

«Unternehmen und auch öffentlich-rechtliche Einrichtungen haben zunehmend eigene Verleiheinheiten gegründet, um Arbeitskräfte zu den niedrigeren Zeitarbeitstarifen beschäftigen zu können.»

Schnitt ein Drittel einer Vollzeitstelle. Die meisten Minijobber_innen sind Frauen, viele arbeiten im Einzelhandel, in der Gebäudereinigung oder in der Gastronomie. Zwei Drittel der Minijobber_innen möchten länger arbeiten – und mehr verdienen. Bei den Frauen mit einem regulären Teilzeit-Job möchte jede zweite ihre Arbeitszeit aufstocken.

Atypische Beschäftigung ist in Deutschland längst keine Randerscheinung mehr. Unternehmen und auch öffentlich-rechtliche Einrichtungen haben zunehmend eigene Verleiheinheiten gegründet, um Arbeitskräfte zu den niedrigeren Zeitarbeitstarifen beschäftigen zu können. Temporärarbeit als die vielgepriesene Brücke in die «normale» Beschäftigung funktioniert nicht: Die Politik erwartete, dass die 2004 eingeführten Personal-Service-Agenturen mindestens die Hälfte der vermittelten Lohnabhängigen in eine reguläre Beschäftigung führen. Dies gelang jedoch nur bei rund 7 Prozent. Minijobs, Teilzeit-, befristete und temporäre Arbeit machen laut der Gewerkschaft IG-Metall 75 Prozent des derzeitigen Wachstums am Arbeitsmarkt in Deutschland aus.

Diskriminierung von Frauen und Jugendlichen

Ein weiterer Grund für das Sinken der Real-löhne ist laut Grabka, dass immer mehr Frauen beschäftigt sind, die meist unterdurchschnittlich bezahlt werden. Und auch «junge Menschen beginnen ihr Berufsleben heute mit deutlich niedrigeren Einkommen als noch vor zehn Jahren» so der DIW-Forscher. Das gilt auch für Akademiker_innen.

Die Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zeigt der jüngste «Genderbericht» der Regionaldirektion Hessen des IAB in Frankfurt. Laut diesem Bericht verdienen im Bundesland Hessen Männer gut ein Fünftel mehr als Frauen. Die Kluft wird vor allem am unteren und oberen Ende der Gehaltsklassen deutlich. Gut ein Drittel aller Frauen muss sich mit weniger als 2000 Euro im



Kaum mehr sichere Jobs: Unsicherheit ist für Jugendliche zur Normalität geworden.

Monat begnügen. Der Anteil der Männer mit diesem Verdienst liegt dagegen bei rund 15 Prozent. Umgekehrt kassiert ein Drittel der Männer mehr als 4000 Euro, während

nur 17 Prozent der Frauen dieses Einkommensniveau erreichen. Zuletzt galt fast jede_r fünfte Lohnabhängige in Hessen als Niedriglöhner_in, erhielt also weniger als

Erwerbslosigkeit in Deutschland

Laut offizieller Version haben die Arbeitsmarkt-reformen (die Hartz-Gesetze von Schröder) erfolgreich die Erwerbslosigkeit gesenkt: von gut 5 Millionen (2005) auf nur noch etwa 3 Millionen Erwerbslose (2009-2011). Im internationalen Vergleich steht Deutschland heute mit 6.1 Prozent deutlich besser da als Grossbritannien (7.7 %), Italien (8.1 %), oder Frankreich (9.5 %). Der Durchschnitt der EU 27 liegt bei 9.9 Prozent.

Aber diese Zahlen spiegeln nur die halbe deutsche Wahrheit. Im März 2011 bezogen 5.6 Millionen Menschen Arbeitslosengeld: knapp eine Million ALG I (weniger als ein Jahr erwerbslos) und 4.766 Mio. ALG II (länger als ein Jahr erwerbslos). Die Zahl der ALG II-Beziehenden ist heute etwa gleich hoch wie 2005, wenn auch etwas tiefer als 2006-07. Von diesen 5.6 Millionen Menschen wurden aber nur 3.3

Millionen als Arbeitslose gezählt.

Ähnlich wie in der Schweiz, in der die SECO-Statistik Arbeitslose und Stellensuchende unterscheidet, macht also auch die deutsche Arbeitslosenstatistik einen grossen Teil der wirklichen Erwerbslosigkeit unsichtbar. Von den 4.766 Millionen ALG II-Beziehenden galten nur 44 Prozent als Arbeitslose; dagegen waren 11 Prozent in arbeitsmarktpolitischen Massnahmen, 13 Prozent in ungeförderter Erwerbstätigkeit, **7 Prozent in ungeförderter Ausbildung, 7 Prozent in Erziehung, Haushalt, Pflege usw.** Das Kriterium ist die so genannte Vermittelbarkeit: Kann diese Person unmittelbar einen neuen Job antreten oder nicht? (Red.)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Juli 2011 (87 Seiten)

«Die Regierung plant, in den kommenden vier Jahren 15'000 Bundesbeschäftigte zu entlassen, die Bundesbeschäftigten müssen mit einer Lohnkürzung von 2,5 Prozent rechnen.»

1870 Euro monatlich. Knapp 30 Prozent aller Frauen fallen in diese Kategorie, bei den Männern sind es knapp 13 Prozent.

Das Erbe der Agenda 2010

Im Februar 1999 verkündete SPD-Kanzler Schröder: «Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen, der die Menschen, die jetzt Transfer-Einkommen beziehen, wieder in Arbeit und Brot bringt.» Im Januar 2005 – Hartz IV war gerade geboren – preist Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: «Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.» Genau dies bestätigen jetzt einmal mehr die aktuellen Zahlen des DIW zur Reallohnentwicklung sowie diejenigen des IAO zur Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Mit den Hartz-Reformen als Teil der Agenda 2010 hat die Regierung Schröder-Fischer eine soziale Umverteilung angestossen, wie sie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hatte. Die sozialdemokratisch-grüne Regierung hat mit der massenhaften Einführung von Niedriglohnjobs die Löhne gedrückt. Sie hat den Unternehmern grosszügige Steuergeschenke gewährt und im Gegenzug Leistungen der Sozialversicherungen reduziert.

Gewinne und Steuergeschenke für die einen...

Die rot-grüne Regierung Schröder-Fischer, die nachfolgende «Grosse Koalition» (2005-2009) und die Regierung Merkel haben seit **1998 einen grossen Teil der Lohnabhängigen** Deutschlands in Armut und einen täglichen Überlebenskampf gestürzt. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Unternehmen und die Vermögen der Reichen ständig an. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise vermochte diese Entwicklung nur kurz zu unterbrechen. Im Jahr 2010 verzeichneten die im Deutschen Aktienindex Dax (DAX 100)² vertretenen 100 Konzerne wieder einen Anstieg der Gewinne vor Zinsen und Steuern

von durchschnittlich 66 Prozent. Die Netto-Profitrate der DAX-30-Konzerne stiegen gar um 117 Prozent.

Seit 1998 haben diese drei Regierungen die Unternehmen und Reichen grosszügig mit Steuergeschenken bedacht und somit ihr Steueraufkommen massiv und systematisch abgebaut. So mit der Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer um insgesamt 1 Prozent (Steuerausfall pro Jahr 12 Milliarden Euro) oder mit den mehrmaligen Senkungen der Körperschaftssteuer (AGs, GmbHs) auf zuletzt 15 Prozent. **Ab 2009 wurden die Bezüger_innen grosser Zinserträge durch eine sogenannte «einheitliche Abgeltungssteuer» massiv «entlastet»** (Steuerausfall jährlich knapp 5 Milliarden Euro). Das Kapital wurde 2008

«Seit 1998 haben die Regierungen die Unternehmen und Reichen grosszügig mit Steuergeschenken bedacht.»

zu 23,1 Prozent besteuert, die Arbeit hingegen zu 39,2 Prozent. Damit ist Deutschland für das Kapital im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern ein Niedrig-Steuerland. Nur in Österreich zahlen die Vermögenden noch weniger Steuern.

... Sparprogramme für die anderen

Im Juni 2010 beschloss die Regierung Merkel mit einem 80 Milliarden Euro schweren «Sparpaket» die Abwälzung der Krisenkosten auf die Lohnabhängigen. Sie liess sich mit der Ankündigung etwas Zeit, damit der unmittelbare Zusammenhang mit dem «Bankenrettungspaket» von 2008 zugunsten der Spekulanten (Umfang: 500 Milliarden Euro) und der «Abwrackprämie» von 2009 (**5 Mrd. Euro für die deutsche Automobilindustrie**) nicht allzu offensichtlich erschien.

Im Zentrum der Sparprogramme stehen Leistungskürzungen für Arbeitslose. So werden die für zwei Jahre gezahlten Zuschläge beim Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II gestrichen. Bisher wurde

Alleinstehenden im ersten Jahr bis zu 160 Euro monatlich gezahlt, im zweiten bis zu 80 Euro. Hartz-IV-**Empfänger_innen** wird das Elterngeld komplett gestrichen. Mütter und Väter sollen zudem nur noch 65 statt wie bisher 67 Prozent ihres letzten Lohnes beziehen. Gleichzeitig wird der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger_innen gestrichen.

Auch der aus Steuergeldern bezahlte Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose fällt weg. Grundsätzlich will die Koalition Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umwandeln, etwa bei Eingliederungshilfen für Jobsuchende. Damit wird der Druck auf Arbeitslose erhöht, jede Art von Arbeit anzunehmen. Die Job-Center sollen dadurch bereits im laufenden Jahr 2 Milliarden Euro

einsparen. Im Jahr 2014 soll dieser Sparposten auf 6 Milliarden Euro steigen. Ausserdem soll die Arbeitslosenversicherung künftig ohne Darlehen oder Zuschüsse auskommen, was eine Erhöhung des Beitragssatzes über die für 2011 festgelegten 3 Prozent bedeuten könnte.

Schliesslich plant die Regierung, in den kommenden vier Jahren 15'000 Bundesbeschäftigte zu entlassen. Die für 2012 geplante Besoldungserhöhung für Bundesbeamte soll ausfallen, sie müssen sogar mit einer Lohnkürzung von 2,5 Prozent rechnen. Die Art und Weise, wie auf dem Buckel der sozial Schwächsten «gespart» wird, zeigt den Charakter der «Sparprogramme» deutlich auf: Es handelt sich um einen staatlich geführten Klassenkampf von oben. ♦

1 Das Soep ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung von über 12'000 Privathaushalten in Deutschland.

2 DAX 100, dieser Index dokumentiert die Wertentwicklung der 100 liquidesten Werte des deutschen Aktienmarkts.

Die politische Auseinandersetzung um die von der Regierung Berlusconi angekündigten Sparprogramme stellen einerseits die Instabilität der regierenden Koalition unter Beweis, andererseits die Unfähigkeit der Oppositionsparteien und Gewerkschaften, in der aktuellen Phase der sozialen Konfliktualität mit der Logik des Kapitals zu brechen und Alternativen aufzuzeigen.

Lothar Moser und Maurizio Coppola

Drastischer Sozialabbau in Italien

Am 12. Juli 2011 schrieb die Neue Zürcher Zeitung (NZZ): «In der europäischen Schuldenkrise geht es langsam ans Eingemachte. Nach den kleineren Peripherie-Ländern Griechenland, Irland und Portugal geraten

die Titel von Intesa Sanpaolo verloren anfänglich über 7 Prozent und schlossen mit Plus 3,3. Gleichentags schossen die Renditen von italienischen Staatsanleihen von knapp 5 auf fast 5,7 Prozent empor.

(*Partito Democratico*) im Abgeordnetenhaus. Anfangs August kündigten Berlusconi und Finanzminister Giulio Tremonti an, dass die Massnahmen nun bis 2013 durchgesetzt werden sollen. Sie reagierten mit der Aus-

weitung der Kürzungen wohl auch auf Druck von Mario Draghi, Zentralbankchef und künftiger Vorsitzender der europäischen Zentralbank (EZB). Dieser hatte zusätzliche Kürzungen der öffentlichen Ausgaben gefordert, um Steuererhöhungen zu vermeiden.

Staatspräsident Giorgio Napolitano, selber ein ehemaliges Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), forderte alle Parteien zur Unterstützung des Sparpakets und zu grösstmöglicher Einigkeit auf. Er erklärte, er habe «mit grosser Befriedigung» die Bereitschaft der Opposition zur Zusammenarbeit zur Kenntnis genommen. Die Oppositionsparteien beschränkten sich auf wenige Abänderungsanträge, um die Verabschiedung des Sparhaushalts nicht aufzu-



Kinder der gleichen Wut: Die von Arbeitslosigkeit und Unsicherheit getroffenen Jugendliche protestierten im Herbst 2010 gegen (Hoch-)Schulreformen.

die beiden Schwergewichte Italien und Spanien ins Visier der Finanzmärkte. Beide Staaten gelten als «Too big to fail» oder besser gesagt als «Too big to save» Marktteilnehmer verlieren immer mehr das Vertrauen in die zwei südeuropäischen Euro-Länder.» Die Angst vor einer «Ansteckung» Italiens hielt die Aktienmärkte ganz schön auf Trab. Die europäischen Aktienindizes verloren stark. Hauptgrund für die Schwäche waren die Finanztitel, um die die Anleger am meisten fürchteten. Eine ausserordentliche Berg- und-Tal-Fahrt vollzogen die italienischen Bankaktien. Die Aktien der Unicredit verloren zu Handelsbeginn 8 Prozent und gingen schliesslich mit 5,9 Prozent aus dem Handel,

Unterstützung von Mitte-Links

Am 14. Juli segnete dann der italienische Senat – getrieben vom Internationalen Währungsfonds und von den Finanzmärkten – ein gigantisches Sparpaket von 79 Mrd. Euro ab, das bis 2014 greifen sollte. Die Oppositionsparteien versprachen, möglichst wenige Einsprüche im Abgeordnetenhaus vorzulegen, um das Paket bis zum Freitagabend, 15. Juli 2011 auch durch die zweite Kammer zu bringen. «Wir werden alles dafür tun, um die Massnahmen bis Ende der Woche zu verabschieden, auch wenn wir nicht einverstanden sind» erklärte Dario Franceschini, Fraktionsführer der grössten Oppositionspartei PD

halten. Gleichzeitig forderten sie für die Zeit unmittelbar nach der Durchsetzung des Sparpakets Berlusconis Rücktritt. Sie sind der Auffassung, dass sie aufgrund ihrer engen Beziehung zu den Gewerkschaften besser als Berlusconi in der Lage sind, derart drakonische Sparmassnahmen durchzusetzen.

Wo gespart wird...

Die Stossrichtung des Sparprogramms ist eindeutig. Die Axt wird an den gesamten öffentlichen Dienst gesetzt, mit drastischen Folgen für Schulen und Universitäten, Krankenhäuser und Altersheime, für Theater,

«Die drittgrösste Volkswirtschaft der Euro-Zone hatte 2010 Schulden in Höhe von 119 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – 1,843 Billionen Euro.»

Konzerte, Kinos, Museen, archäologische Stätten und vieles mehr. Geplant ist der **Abbau von 265'000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst**, während die Gehälter der noch verbliebenen Beschäftigten vier Jahre lang eingefroren werden.

Zudem wird die Gesundheitsversorgung derer, die keine privaten Rücklagen haben, massiv abgebaut: Schon ab Mitte Juli werden die Italiener_innen für Arzneien und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich stärker zur Kasse gebeten. Sie bezahlen nun 25 Euro, wenn sie sich bei der Nothilfe der Krankenhäuser in nicht akuten Fällen behandeln lassen. Für Labordiagnosen wird nun eine Gebühr von 10 Euro fällig. Auch die Konsumsteuern wurden weiter erhöht, z.B. beim Benzin, was den Benzinpreis in die Höhe trieb.

...und wo nicht

Nicht gespart wird dagegen an den milliardenteuren Militäreinsätzen im Inland (u.a. für die Kontrolle der Flüchtlinge aus Nordafrika) und im Ausland (z.B. in Libyen und in Afghanistan), an den Privatschulen oder an Prestigeprojekten der Regierung (wie der Schnelltrasse TAV durch das Susatal). Ziel der Regierung ist es, die Neuverschuldung bis 2013 auf 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung zu reduzieren. Die drittgrös-



Die Vorstehende des Arbeitgeberverbandes *Confindustria* (links) und die Gewerkschaften (Cgil, Cisl und Uil) unterzeichnen am 28. Juni 2011 einen Vertrag, der die Rechte der Lohnabhängigen stark einschränkt.

te Volkswirtschaft der Euro-Zone hatte 2010 Schulden in Höhe von 119 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – 1,843 Billionen Euro. Wirtschaftsminister Tremonti verkündete Mitte Juli, er garantiere persönlich, dass Italien bis zum Jahr 2014 sein Defizit auf Null drücken werde. Auf einer Konferenz der Bankenvereinigung ABI (*Associazione*

bancaria italiana) in Rom erklärte er: «Das Haushaltsdekret wird für die kommenden vier Jahre verstärkt.» Dann versprach er den anwesenden Bankiers und Industriellen ein umfassendes Privatisierungsprogramm: «Wenn die Krise vorbei ist, müssen wir sicherlich einen Privatisierungsprozess einleiten.» Man werde die Gemeinden dazu brin-

Die Aushöhlung der Kollektivverträge und des Arbeitsrechts

Das Abkommen vom 28. Juni 2011 beinhaltet in erster Linie drei Veränderungen der kollektivvertraglichen Regelung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern: (1) An kollektivvertraglichen Verhandlungen sind nur noch Gewerkschaften zugelassen, die mindestens 5 Prozent der Arbeiter_innen einer Branche organisieren, für die ein landesweiter Vertrag gilt. Damit sind kleinere, meist kämpferischere Organisationen wie die Cobas ausgeschlossen. (2) Das Verhältnis von nationalen und betrieblichen Gesamtarbeitsverträgen wird neu geregelt:

Nationale Verträge sollen nur noch grundlegende Elemente beinhalten, hingegen werden die betrieblichen Verträge ausgebaut. Faktisch bedeutet das eine Schwächung der landesweit gültigen Verträge. (3) Zudem besteht die Möglichkeit der Aufhebung von nationalen zugunsten von betrieblichen und lokalen Verträgen, um eine Krisensituation zu verwalten oder bei Investitionen, die Produktivität und Beschäftigung erhöhen sollen. Die Aufhebung betrifft die Regelung von Arbeitstätigkeit, -zeit und -organisation, aber nicht die Lohnregelung.

Von dieser Dynamik profitierend hat die Regierung – gestützt von der *Confindustria* – den Artikel 18 des Arbeitsrechts, der den Kündigungsschutz und die Wiedereingliederung bei missbräuchlicher Kündigung regelt, durch die Vorrangstellung der betrieblichen Verträge aufgeweicht. Die Befürchtungen, dass der Fiat-Vertrag Schule machen könnte, haben sich bewahrheitet... (Red.)

► Siehe dazu den Artikel in *Debatte* Nr. 16 (2011): «Ende einer Ära der Arbeitsbeziehungen» von Maurizio Coppola.

«Die europäische Krise übersetzt sich in ein soziales Massaker, der weder Wohlstand noch eine würdige Zukunft garantieren kann.»

gen, «ihr Vermögen zu verkaufen» zu dessen Zweck der Stabilitätspakt «einen Mechanismus von Anreizen» schaffe.

Manovra di Ferragosto... im September

Am 15. August wurde ein zweites Sparpaket vorgestellt, die *manovra di Ferragosto*¹. Weitere 52,2 Milliarden Euro werden im öffentlichen Dienst gespart. Wie das Paket genau aussieht, war bis zum Schluss unklar. Noch am 30. August musste sich Ministerpräsident Berlusconi mit unterschiedlichen Fraktionen der Regierungsmitglieder und den Unternehmensorganisationen konfrontieren, um eine Lösung zu finden. Erst am 7. September akzeptierte der Senat (inklusive Vertrauensvotum) das definitive Paket. Neben einer Solidaritätssteuer von drei Prozent auf jährliche Einkommen über 300'000 Euro (eine lächerliche Massnahme, da nur wenige Tausende ein solches Einkommen versteuern) wurde die Mehrwertsteuer um einen Punkt auf 21 Prozent erhöht und die Renten angepasst. Ab 2014 werden nun auch die Frauen erst mit 65 Jahren in Pension gehen dürfen. Das lange Hin und Her bei der Ausformulierung des Sparpaketes stellte in erster Linie die Instabilität der Regierungskoalition unter Beweis. Alternativen kristallisierten sich jedoch auch während der ganzen Debatte nicht heraus, obwohl am Abend der Abstimmung vor dem Senat Organisationen von Prekären, Basisgewerkschaften (Cobas) und Student_innenorganisationen demonstrierten. An der Tatsache jedoch, dass weiterhin die Prekärsten (vgl. Kasten) unter der Massnahme leiden, änderte sich – entgegen Berichten der bürgerlichen Medien – nichts.

Klassenkampf von oben

Schon im Juni hatten sich alle drei grossen Gewerkschaften – CGIL, CISL und UIL – mit dem Unternehmerverband getroffen, um jeglichen Zwist zwischen Unternehmern und Gewerkschaften beizulegen. Am 28. Juni unterzeichneten sie in Rom einen nationalen

Pakt für Arbeit, der u.a einen Streikverzicht beinhaltet (vgl. Kasten). Das Modell zu dem Vertrag lieferten die jüngsten Hausverträge bei Fiat.²

Auch die grösste Gewerkschaft CGIL, die früher als KPI-nah galt, hat den Burgfriedenspakt unterschrieben. Am Abend der Unterzeichnung eilte Wirtschaftsminister Tremonti hinzu und bedankte sich ausdrücklich bei den Gewerkschaftsführern: «Danke Raffaele Bonanni [CISL-Vorsitzender], Luigi Angeletti [UIL-Vorsitzender], Susanna Camusso [CGIL-Chefin] und Emma Marcegaglia [Vorsitzende der Confindustria]. Danke für das, was ihr im Interesse unseres Landes zustande gebracht habt.» Camusso kommentierte: «Mit diesem Vertrag beginnt eine neue Periode.»

Klassenkampf von unten?

Die europäische Krise übersetzt sich in ein soziales Massaker, produziert von einem zügellosen Wettlauf um den höchsten Profit eines Kapitalismus, der weder Wohlstand noch eine würdige Zukunft garantieren kann. Die italienische Verschuldung ist nicht neu, sondern das Resultat einer dreissigjährigen Politik, die sowohl von Mitte-Rechts wie auch von Mitte-Links geführt wurde. Diese Politik erreichte eine gigantische Umverteilung von Lohn und Renten an die Profite von grossen Banken und internationalen

Finanzinstituten, welche den grössten Teil der italienischen Schulden besitzen.

Die Oppositionsparteien und die grossen Gewerkschaften haben sich als unfähig erwiesen, dieser Politik nur den geringsten Widerstand entgegenzuhalten. Die Lohnabhängigen werden entweder einzig zur «Wählerschaft» degradiert oder als Manövriermasse regelrecht manipuliert. So hat die Gewerkschaft CGIL für den 6. September einen eintägigen Generalstreik ausgerufen, für den sich zwar in verschiedenen Städten mehrere 100'000 Lohnabhängige mobilisierten, der sich jedoch in keiner Weise in eine langfristige Mobilisierung einbettet.

Die existierenden sozialen Kämpfe in Italien sind stark fragmentiert. Keine politische Organisation ist heute in der Lage, diese Kämpfe zu verbinden und den Lohnabhängigen eine Perspektive aufzuzeigen. Es bleibt nichts anderes übrig, als die im Frühjahr 2011 begonnenen Mobilisierungen und Kämpfe von Jugendlichen, Frauen und Lohnabhängigen weiterzuführen und zu radikalieren – auf der Strasse, in den Betrieben und an den Schulen. ♦

¹ Ferragosto bedeutet Mariä-Himmelfahrt, katholischer Feiertag, der auf den 15. August fällt.

² Vgl. Debatte Nr. 16: Ende einer Ära der Arbeitsbeziehungen?

Erhöhter Druck auf Frauen, Jugendliche und Familien

Die sozialen Folgen der Krise sind «alarmierend», so das italienische Amt für Statistik (ISTAT). Die Beschäftigung stagniert stark. 686'000 unter 35-jährige suchen in Italien seit über einem Jahr eine Arbeitsstelle. 28,8 Prozent der 25 bis 30-jährigen sind weder am studieren noch am arbeiten; vor der Krise waren es 16 Prozent. In unbefristeten Arbeitsverhältnissen waren vor 2008 31 Prozent der Jugendlichen, heute sind es nur noch 22. Im *mezzogiorno*, dem Süden des Landes, sind fast

70 Prozent (!) der Jugendlichen erwerbslos; 25 Prozent beträgt die Erwerbslosigkeit der gesamten Bevölkerung. Ein Drittel der Hochschulabgänger_innen des Südens ist ohne Job. Zudem sind die Haushaltsausgaben der süditalienischen Familien zwischen 2000 und 2010 gesunken, im restlichen Italien stagniert. 1,5 Millionen Menschen suchen in Italien keinen Job mehr, weil sie den Mut verloren haben (*scoraggiati*). 45 Prozent davon sind Frauen. (Red.)

In der aktuellen feministischen Diskussion spielt die Arbeit der Frauen eine zentrale Rolle. Und in konservativen Kreisen sind Argumente mit der Geschichte gerade bei diesem Thema zentral. Das allgemein vermittelte Geschichtsbild ist aber oft mehr eine Projektion der heutigen Verhältnisse auf frühere Zeiten als dass es Tatsachen entspricht. Darum lohnt es sich, Aspekte der Geschichte zu betrachten, die in Schulbüchern wenig thematisiert werden. Zum Beispiel die Erwerbstätigkeit der Frauen im Spätmittelalter.

Annette Erzinger

Erwerbstätigkeit von Frauen im Spätmittelalter

Vor dem 19. Jahrhundert war Erwerbstätigkeit von Frauen üblich. Der Ausschluss einer hohen Zahl von Frauen aus dem Handwerk und der Produktion ist ein spezifisches Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft. Wie auch heute stellte sich auch damals die Frage, wie die weiblichen Pflichten der Kinderbetreuung und des Haushalts mit der Erwerbstätigkeit zu vereinbaren waren. Darüber gibt es leider nicht sehr viele Quellen. Bekannt ist, dass auch im Mittelalter eine Frau, die mit Erwerbsarbeit mehr verdiente, als sie mit Hausarbeit zum Familieneinkommen beisteuern konnte, die Hausarbeit delegierte (einer Magd, einem Kind, einer Verwandten). Kinderbetreuung war neben der Arbeit zweitrangig, weshalb viele Kleinkinder bei Unfällen starben.

Die Hausmutter

Im 12. Jahrhundert fand in der europäischen Gesellschaft ein starker demographischer wie auch ökonomischer Wandel statt, die landwirtschaftliche Produktion wurde intensiviert und in den Städten spezialisierte sich das Handwerk, was zunehmend zu einer Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land führte. Für die Entwicklung der Stadtwirtschaft war entscheidend, dass immer mehr auch Lohnabhängige heiraten durften. Durch Heirat konnten sich Paare aus der Abhängigkeit der Fronhöfe befreien und einen selbstständigen Familienbetrieb gründen. In diesen Betrieben von Handwerkern, Kaufleuten und Bauern war das Ehe- und Arbeitspaar zentral. Der Hausvater und die Hausmutter hatten die Hauptverantwortung für das finanzielle Auskommen aller Abhängigen des Familienbetriebes. Dazu gehörten neben den Kindern je nach Grösse auch Gesellen und Mägde oder unverheiratete Verwandte.

Die Meisterin

Die mittelalterliche Gesellschaft war klar männlich geprägt. Mit dem Wandel der ökonomischen Verhältnisse und der wichtigen Stellung von Frauen in den Handwerksbetrie-

ben veränderte sich aber die Geschlechterordnung. So bekamen Frauen mehr Rechte, zum Beispiel im Erbrecht. Es begannen sich Frauenzünfte zu bilden oder Frauen konnten



Auf diesem Kupferstich eines unbekanntes Meisters (um 1480) ist eine bäuerliche Familie dargestellt.

in Zünften Mitglied werden, mit denselben Rechten wie die Männer. Ein frühes Beispiel ist die Zunft der Kürschner (Handwerker, die Tierfelle zu Pelzkleidung und anderen Pelzprodukten verarbeiten) in Basel. Diese gestand den Frauen schon 1226 die gleichen Rechte zu wie den Männern. Auch wenn es Beispiele für die Mitgliedschaft von Frauen in Zünften des Baugewerbes gab, konzentrierte sich ihre Tätigkeit aber in erster Linie auf die Produktion von Bekleidung und Luxuswaren. Vor allem im Textilgewerbe konnten Frauen selbstständige Meisterinnen werden.

Die Händlerin

Viele Frauen waren auch im Handel tätig, die in Gilden organisierten Fernhändlerinnen konnten vor allem im 14. und 15. Jahrhundert ein Vermögen erwirtschaften. Der Fernhandel, zum Beispiel mit Tuch, war aber vor allem auf die Exportgewerbezentren (z.B.

Flandern) beschränkt. Diese Art des Handels ist mit langen Reisen verbunden, weshalb es sich nicht um eine typische Frauenarbeit handelte. Diese fand normalerweise in der Nähe des Wohnortes statt. Die Mehrheit der im Handel tätigen Frauen waren Kleinhändlerinnen oder Hökerinnen, die mit allen möglichen Dingen des täglichen Lebens handelten. Sie verdienten meist so schlecht, dass sie in den Steuerregistern der Städte unter den Leuten zu finden sind, die nichts besaßen. Wie ihnen ging es wohl den meisten städtischen Frauen. Sie waren Gesellinnen, Mägde oder Lohnarbeiterinnen in den unterschiedlichsten Handwerksbetrieben und nicht in Zünften organisiert.

Insgesamt waren die Frauen wie auch die Männer mehrheitlich in der Landwirtschaft tätig. Es gab Arbeiten, die von Männern wie Frauen verrichtet wurden, wie zum Beispiel die Ernte. Für diese Tagelohnarbeit, bekamen Frauen teilweise auch den selben Lohn wie die Männer. Auf dem Land war die Lohnarbeit aber eher weniger verbreitet als in der Stadt.

Die Verliererin

Gegen das Ende des Mittelalters (15. Jahrhundert) lässt sich am Beispiel des Zunftrechts eine wachsende Frauenfeindlichkeit feststellen. Im Konkurrenzkampf gegen die besser organisierten Männer verloren die Frauen in den verschiedensten Gewerbebranchen die Rechte, sich an der Produktion zu beteiligen. So fand im 16. Jahrhundert ein starker Niedergang der weiblichen Erwerbstätigkeit im zunftischen Handwerk statt. Dieser Wandel war kennzeichnend für den nächsten grossen ökonomischen Wandel zu Beginn der frühen Neuzeit (ab dem 16. Jahrhundert). Unter anderem durch die Entdeckung Amerikas verlagerte sich das wirtschaftliche Zentrum Europas und es entstand mit der Verlagsproduktion eine frühkapitalistische Produktionsweise. Die Zünfte reagierten auf diese Entwicklung durch Abschottung. Diese Abschottung betraf vor allem die Frauen.

Die Tagelöhnerin

Die Tatsache, dass die Frauen nicht mehr im zünftischen Gewerbe tätig sein konnten, heisst aber nicht, dass sie weniger erwerbstätig waren. Die neu entstandene Heim- und Manufakturarbeit bot den vom Zunftwesen benachteiligten Frauen neue Arbeitsmöglichkeiten. Immer weniger war die erwerbstätige Frau also eine Handwerker-Gattin, welche selbst einen ganzen Betrieb führte, sondern vielmehr eine alleinstehende, mobile (Tage-)Lohnarbeiterin. Diese Frauen schlossen sich für ihre beruflichen Interessen weniger zusammen als die Männer und hatten so auch weniger die Möglichkeit, gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen anzukämpfen. Auch dieser ökonomische Wandel betraf die Arbeitsteilung der Geschlechter und veränderte gleichzeitig die Geschlechterordnung. So wurden Frauen im 16. Jahrhundert wieder vermehrt unter die Vormundschaft eines Mannes gestellt.

Die Wissenschaftlerinnen

Heute gibt es zwei verschiedene Konzepte, um diese Ausweitung der Rechte und der Einflussmöglichkeiten der Frauen Europas im Spätmittelalter und die darauf folgende Wiedereinschränkung der Frauenrechte zu interpretieren. Das eher postmodern geprägte Konzept konzentriert sich auf den Wandel der Geschlechterordnungen. Dieser Ansatz untersucht eher eine kurze Phase der Geschichte und beleuchtet die Unterschiedlichkeit der Geschlechterverhältnisse im Laufe der Zeit. Das Konzept beachtet aber nicht die Kontinuität der Unterdrückung der Frauen trotz teilweise massiven sozialen Wandels. Auf diese Kontinuität bezieht sich das zweite Konzept. Es geht von einem so genannten «patriarchal equilibrium» aus. Dieses wirkt sich so aus, dass Frauen aufgrund ihrer relativ schwächeren Position in der Gesellschaft zu den Verliererinnen des Wandels gehören, unabhängig vom wirtschaftlichen und sozialen Wandel. ♦

Zu den Jugendunruhen in England

Wir bringen in der nächsten *Debatte*-Nummer einen Beitrag über die jüngsten Jugendunruhen in England. Hier drucken wir den Text eines Rapp-Songs des britischen Dichters, Reggae-Musikers und Soziologen Linton Kwesi Johnson (*1952) zu den Jugendkrawallen von Brixton zu Beginn der 1980er Jahre ab.

*w'en mi jus' come to Landan toun
mi use to work pan di andahgroun
but workin' pan di andahgroun
y'u don't get fi know your way aroun'*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch
dere's no runnin' whey fram it*

*mi get a lickle jab in a big 'otell
an' awftha a while, mi woz doin' quit well
dem staat mi aaf as a dish-washah but
w'en mi tek a stack, mi noh tun clack - watchah!*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch
no baddah try fi hide fram it*

*w'en dem gi' you di lickle wage packit
fus dem rab it wid dem big taxi rackit
y'u haffi struggle fi mek en's mett an'
w'en y'u goh a y'u bed y'u jus' cant sleep*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch fi true
a noh lie mi a tell, a true*

*mi use to work dig ditch w'en it cowl no bitch
mi did strang like a mule, but, bwoy, mi did fool
den awftah a while mi ju' stap dhu ovahtime
den awftha a while mi jus' phu dung mi tool*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch
yu'a haffi know how fi suvive in it*

*well mi dhu day wok an' mi dhu nite wok
mi dhu clean wok an' mi dhu dutty wok
dem seh dat black man is very lazy but
if y'u si how mi wok y'u woulda sey mi crazy*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch
y'u betta face up to it*

*dem have a lickle facktri up inna Brackly
inna disya facktri all dem dhu is pack crackry
fi di laas fifteen years dem get mi laybah
now awftah fifteen years mi fall out a fayvah*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch
dere's no runnin' whey fram it*

*mi know dme have work, work in abundant
yet still, dem mek mi redundant
now, at fifty-five mi gettin' quite ol'
yet still, dem sen' mi fi goh draw dole*

*Inglan is a bitch
dere's no escapin' it
Inglan is a bitch fi true
is whey wi a goh dhu 'bout it?*

- ▶ Den Song dazu gibt es auf youtube: www.youtube.com, → *inglan is a bitch*
- ▶ Weitere Infos zu Linton Kwesi Johnson und seinem Werk auf: www.lintonkwesijohnson.com

Nach einem frontalen Angriff des Baumeisterverbandes auf die Arbeitszeitregelung wurde im Frühjahr 2008 ein neuer Landesmantelvertrag (LMV) im Bauhauptgewerbe unterzeichnet. Das Resultat ist mehr als ambivalent. Nun stehen im Herbst die nächsten LMV-Verhandlungen vor der Tür. Ein Rückblick auf den Arbeitskonflikt im **2007/2008 erlaubt, Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu öffnen.**¹

Maurizio Coppola

Gesamtarbeitsverträge um jeden Preis?

Die Verhandlungen um den LMV im Bauhauptgewerbe im Frühjahr 2007 läuteten wohl eine Wende in den Arbeitsbeziehungen in der Branche ein. Nach der Einführung des flexiblen Altersrücktritts (FAR) 2003, dem Wechsel an der Spitze des Baumeisterverbandes (SBV) und der Fusion unterschiedlicher

die Arbeitszeitregelung in Frage. Am 17. August 2006 hatte ein Schiedsgerichtsurteil² noch die Übertragung von Minusstunden infolge von Arbeitsmangel, Schlechtwetter oder technischer Panne, auf spätere Abrechnungsperioden nach der Formulierung der Arbeitszeitregelung im LMV 06³ als unmög-

Ein täuschendes Resultat

Der Arbeitskonflikt dauerte mehrere Monate.⁴ Da auf den 1. Oktober 2007, dem Ablaufdatum des LMV 06, noch keine Einigung gefunden wurde, trat der vertragslose Zustand ein. Erst am 1. Mai 2008 – also praktisch zwölf Monate nach dem Ausbruch des Konflikts, nach siebenmonatiger vertragsloser Zeit und nach dem Einsatz eines «externen Vermittlers» – wurde von beiden Seiten ein «Erfolg» angekündigt. Die beiden Seiten hatten sich anscheinend gefunden. Wie war das möglich? Ein Blick auf das Verhandlungsergebnis gibt darüber Aufschluss. Die Arbeitszeitartikel des neuen LMV 08 haben tatsächlich die Arbeitszeitregelung aufgeweicht, doch noch lange nicht soweit wie vom SBV gewünscht.⁵ Erst auf der Basis der Protokollvereinbarung «Arbeitszeit»⁶, eine über dem LMV gültige Vereinbarung, kann die Arbeitszeitflexibilisierung nach den Wünschen der Baumeister legal umgesetzt werden (vgl. Kasten unten).



Unia auf dem Bundesplatz: Bis jetzt beschränkte sich der Kampf der Gewerkschaften auf isolierte und kleine Aktionen. Ob das reicht, um die Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern?

Branchengewerkschaften zur Unia im Jahr 2005 wurden am Verhandlungstisch nicht mehr nur die gewerkschaftlichen Forderungen diskutiert; der SBV stellte nach einer langen Phase kollektivvertraglicher Verbesserungen zu Gunsten der Lohnabhängigen u.a.

lich deklariert. Nun sollten die Übertragung nicht gearbeiteter Ausfallstunden in Form von Reservestunden (also als Kompensation von zukünftigen Überstunden) ermöglicht und somit die Entschädigung von Überstunden eingeschränkt werden.

Das Bauhauptgewerbe im Wandel

Historisch ist der LMV des Bauhauptgewerbes einer der wenigen Kollektivverträge, der soziale Rechte der Arbeiter_innen weit über das Arbeitsgesetz hinaus schützt: Mindestlöhne, einen starken Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Falle von Unfall und Krankheit – alles Errungenschaften einer organisierten, meist auf der politischen Tradition der italienischen und spanischen Bauarbeiter basierenden Bewegung. Doch das Bau-

LMV 06	Schiedsgerichtsurteil 2006	LMV 08	Protokollvereinbarung
Art. 24 Abs. 2: Die Jahrestotalstunden dürfen 2112 nicht überschreiten. Art. 25 Abs. 2: Rahmen der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit: a) minimal 37,5 Wochenstunden (=5x7,5 Stunden) und b) maximal 45 Wochenstunden (=5x9 Stunden).	Die Formulierung des LMV 06 sieht keine Kompensationsmöglichkeiten vor. Der Unternehmer kann demzufolge keine Nachleistung verlangen oder die angehäuften Minusstunden als Reserve halten, um spätere Überstunden zu kompensieren. Die Überstunden müssen nachbezahlt oder in Form von freien Tagen abgebaut werden.	Art. 25, Abs. 3: Die maximalen Wochenstunden können bis zu 48 Stunden überschritten werden (Lohnzuschläge ab der 49. Stunde). Die Kompensation dieser Stunden von Ausfallstunden in den Folgemonaten ist nicht erlaubt.	Ziff. 3a: Überstunden können Minusstunden kompensieren und müssen somit nicht mehr entschädigt werden. Ziff. 4: Die Arbeitszeiterhöhung kann nach Art. 69 ArGV (Verordnung zum Arbeitsgesetz) erfolgen.

«Historisch ist der LMV des Bauhauptgewerbes einer der wenigen Kollektivverträge, der soziale Rechte der Arbeiter_innen weit über das Arbeitsgesetz hinaus schützt.»

hauptgewerbe, erfasst von einer Strukturkrise, erlebte Mitte der 1990er Jahre starke Veränderungen. Die Beschäftigungszahl halbierte sich von 180'000 auf 90'000. Durch die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und damit der Aufhebung der Saisonier-Regelung im 2002 wurden die Flexibilisierungstendenzen erhöht. Temporärarbeit, Subunternehmen, entsandte Arbeitskräfte, Scheinselbständige und Sans-Papiers sind heute neben der Stammebelegschaft auf praktisch jeder Baustelle anzutreffen. Die Ausbeutungsrate der Arbeitskraft wird dadurch erhöht. Ein starrer Kollektivvertrag steht den Bedürfnissen der Unternehmen in einem Kontext sinkender Gewinnmargen immer mehr im Wege.

Frontalangriff auf den LMV

Angriffe auf den LMV sind nichts Neues. Schon 2005, kurz vor den Verhandlungen um die Erneuerung des LMV, präsentierte der SBV einen «LMV light» der auch unter dem Namen «Davoser Papier» bekannt wurde. Ziel war es, den unbeschränkten Arbeitsfrieden einzuführen, den Kündigungsschutz nur noch nach Obligationenrecht (OR) zu regeln, die Wochen- und Monatsarbeitszeiten den betriebsorganisatorischen Zwecken anzupassen, die Mindestlöhne aufzuheben und die Lohnanpassungen zu deregulieren.⁷ Neu am Konflikt von 2007 war jedoch, dass der SBV bei seinen Delegierten durchsetzen konnte, den LMV aufzulösen und den Konflikt so lange zu führen, bis die Forderungen nach der Arbeitszeitflexibilisierung durchgesetzt wurden.

Die Reaktion der Gewerkschaften

Der Konflikt von 2007/2008 gibt wichtige Anhaltspunkte, um die Verhandlungen in diesem Herbst zu kontextualisieren. Hier sollen im wesentlichen zwei Elemente hervorgehoben werden. Erstens wurden mit der Kündigung des LMV gleichzeitig die dazugehörenden sozialen Institutionen angegriffen: der Bildungs- und Vollzugsfonds (auch Parif-

onds genannt) und der FAR. Der Parifonds stellt einerseits eine wichtige Finanzierungsquelle für die Gewerkschaften dar, andererseits üben die Gewerkschaften über diese Fonds ihre primären Aktivitäten auf den Baustellen aus, namentlich die Organisation der Weiterbildung der Bauarbeiter und die

schliessen. Die lokalen Verträge hatten eine doppelte Bedeutung: Einerseits wurde die geschlossene Aktionsmöglichkeit der Gewerkschaften gesprengt, da die lokalen Verträge die Friedenspflicht enthielten. Regionen ohne lokalen Vertrag waren nun «auf sich selbst» gestellt; andererseits wurde durch



Die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen dürfen auf keinen Fall gestört werden: Gewerkschaftsfunktionäre und Unternehmervertreter gemeinsam am Tisch.

Baustellenkontrollen.⁸ Der Parifonds stellt aber auch ein Instrument der Baumeister dar, das Konfliktpotential der Gewerkschaften zu schwächen. Durch den Rückzug des SBV aus dem paritätisch organisierten Fonds wurde die gewerkschaftliche Präsenz auf den Baustellen grundsätzlich in Frage gestellt. Gleichzeitig hat der Konflikt gezeigt, dass der Druck auf die Fonds u.a. auch dazu benutzt wird, um andere Abbauschritte für die Lohnabhängigen durchzusetzen.

Zweitens wurden die Verhandlungen ab Januar 2008 harziger: Der Delegiertenversammlung des SBV verweigerte die Unterzeichnung einer ersten vermittelnden Lösung. Das Bauhauptgewerbe blieb weiterhin ohne GAV. Dies wurde als gefährlich bezeichnet, da wenige Monate später die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die osteuropäischen Länder das Risiko von Lohn- und Sozialdumping hätte erhöhen können. Daraufhin begannen regionale Gewerkschaftsaktionen mit den regionalen Unternehmerorganisationen in der Romandie, im Wallis und im Tessin lokale Verträge abzu-

die lokalen Verträge die Bedeutung des schweizweit gültigen LMV verringert. Dies kam einer bestimmten Fraktion des SBV, die keinen schweizweiten Vertrag mehr will, gelegen, da sie im Kontext einer international rückläufigen Konjunktur und einem immer weiter deregulierten Arbeitsmarkt Vorteile aus einer «harten» Organisation der Arbeitskraft zieht. Ausgehend von der regional unterschiedlichen gewerkschaftlichen Mobilisierungskraft und den regional unterschiedlichen Arbeits- und Produktionsmärkten im Bauhauptgewerbe kristallisiert sich eine «Föderalisierung der Sozialpartnerschaft» mit unabhängigen Verträgen heraus.

GAVs um jeden Preis?

Zusammenfassend hat der Konflikt im 2007/2008 gezeigt, dass sich die gewerkschaftlichen Strategien während des Konflikts gewandelt haben. Stand zu Beginn die Verteidigung der Arbeitszeitregelung im Vordergrund, so rückte dieses Ziel v.a. nach dem Scheitern der ersten Mediation Ende 2007/

«Nur eine einheitliche und solidarische Mobilisierung über die Demonstration am 24. September hinaus kann diesen Generalangriff aufhalten.»

Anfang 2008 in den Hintergrund. Im Bewusstsein darüber, dass trotz guter Konjunktur die Patrons nicht gewillt sein würden, die Gewinne mit den Lohnabhängigen zu teilen, haben die Verantwortlichen der Gewerkschaften entschieden, einen «Kompromiss» einzugehen, um die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen. Wichtig

führen zum Problem der Integration der Gewerkschaften in das sozialpartnerschaftliche Arrangement. Für die Schweiz gilt, dass soziale und betriebliche Konflikte durch eine Kollaboration zwischen Staat, Gewerkschafts- und Unternehmerorganisationen reguliert werden. Dieses Arrangement ruft eine Art des «Gesetzesfetischismus» hervor,



Unia schlägt zurück: Nach unseren jüngsten kritischen Beiträgen verschicken die Gewerkschaftsbosse neuerdings diese Karte an ihre Mitglieder.

wurde nun der Abschluss eines neuen LMV, unabhängig von seinem Inhalt. Der gewerkschaftliche Charakter des Arbeitskonfliktes im 2007/2008 war somit der LMV selbst, d.h. der Kampf wurde von den Gewerkschaften auf die Ebene der Institutionen geführt und an der Basis vernachlässigt.⁹ Die Analyse des Konflikts von 2007/2008

der die Möglichkeiten und Fähigkeiten einschränkt, einerseits betriebliche und soziale Konflikte als Motor der sozialen Veränderung und daher auch der Veränderung des Lohnverhältnisses zu verstehen, andererseits durch autonome Aktionsformen latente Konflikte manifest werden zu lassen.¹⁰ Die unilaterale Auflösung des LMV von Seiten des SBV im Jahre 2007 muss als Generalangriff der Gesamtheit der Unternehmer verstanden werden. So ist die heutige Infragestellung des Rentenalter 60 für die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe im Kontext der bürgerlichen Bestrebungen einzubetten, das Rentenalter allgemein heraufzusetzen. Nur eine einheitliche und solidarische Mobilisierung über die Demonstration am 24. September (vgl. Kasten) hinaus kann diesen Generalangriff aufhalten. ♦

Für eine einheitliche und solidarische Mobilisierung am 24. September in Bern

Für den 24. September 2011 rufen die Gewerkschaften zu einer schweizweiten Demonstration in Bern auf mit dem Ziel, den Forderungen der Bauarbeiter Nachdruck zu verleihen: die Erhöhung der Lohnfortzahlung bei Unfall und Krankheit von 80 auf 100 Prozent des Lohnes; die Bezahlung von Ausfallstunden aufgrund von Schlechtwetter; die Ausweitung des Kündigungsschutzes für ältere und gewerkschaftlich aktive Bauarbeiter; schliesslich die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch die Einführung der Solidarhaftung

und die Einschränkung von Temporärarbeit. Diese Forderungen können jedoch nur tatsächlich errungen werden, wenn die Demonstration vom 24. September in Bern nicht der Höhepunkt, sondern eine Etappe einer einheitlichen und solidarischen Mobilisierung über alle Branchen hinweg ist und die Konflikte auf den Baustellen öffentlich ausgetragen werden. Diese Perspektive steht leider ganz im Gegensatz zu dem, was auf Grund der aktuellen Mobilisierung erwartet werden kann.

1 Dieser Artikel basiert auf einer im Frühjahr 2011 an der Universität Fribourg eingereichten Masterarbeit. Zu diesem Zweck wurden Interviews mit Vertretern des SBV, der Gewerkschaften Unia und Syna und mit dem während des Konfliktes eingesetzten externen Vermittler durchgeführt.

2 Vgl. Schiedsgerichtsurteil vom 17. August 2006, letzter Zugriff am 15.8.2011 auf http://www.unia.ch/uploads/media/Urteil_Schiedsgericht_060817_01.pdf

3 Es ging um die Interpretation der Artikel des LMV 06 zur Arbeitszeit (Art. 25 Abs. 2), den Abweichungen (Art. 25 Abs. 3) und den Über- und Minusstunden (Art. 26 Abs. 6).

4 Vgl. Debatte Nr. 5 (Juni 2008): Ringen um jeden Mann.

5 Die Übertragung nicht gearbeiteter Stunden auf zukünftige Überstunden ist nicht möglich, doch Überstunden gelten erst ab der 49. Wochenstunde (vgl. LMV 08, Art. 25, Abs. 3, 3bis, 3ter).

6 Vgl. Protokollvereinbarung «Arbeitszeit» vom 14. April 2008, letzter Zugriff am 15.8.2011 auf http://www.baumeister.ch/fileadmin/media/2_Kernthemen/LMV/protokollvereinbarung_arbeitszeit.pdf

7 Vgl. LMV light, letzter Zugriff am 19.8.2011 auf http://www.unia.ch/uploads/media/Projekt_SBV_LMV_light_2005.pdf

8 Hier wird nicht auf die widersprüchliche Rolle der gewerkschaftlichen Baustellenkontrolleure eingegangen, die sich z. T. als Jäger von papierlosen Bauarbeitern entpuppten. Vgl. dazu die im Mai 2011 von der Télévision Suisse Romande (TSR) ausgestrahlte Reportage Chantiers au noir (letzter Zugriff am 31.8.2011): <http://www.tsr.ch/emissions/temps-present/3047139-chantiers-au-noir.html>

9 Interessanterweise ist diese Strategie auch jüngst mit dem Erhöhten Druck auf Arbeitszeit und Lohn v.a. in der exportorientierten Industrie zu beobachten: Die Arbeitszeitflexibilisierung wird angenommen, solange der GAV gesichert ist (vgl. die Beispiele Lonza in Visp, Franken im aargauischen Aarburg u.v.m). Medial erklären Gewerkschaften der Arbeitszeitverlängerung den Krieg, bei der letzten Verhandlung des MEM-Vertrags 2005 jedoch haben sie einem Ausnahmeartikel (Art. 57) zugestimmt, der eine Abweichung von den Arbeitszeitbestimmungen «zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten» zulässt. Eine vertiefte Analyse dieser Beispiel würde weitere Hinweise auf die zukünftige Bedeutung von GAV's geben.

10 Dies wurde auch bei der letzten gescheiterten Lohnverhandlung im Herbst 2010 im Bauhauptgewerbe deutlich: Der SBV akzeptierte die Forderung nach einer generellen Lohnerhöhung nicht und schlug eine individuelle Lösung vor. Die Verhandlungen scheiterten und schlussendlich wurde keine vertraglich geregelte Lohnerhöhung entschieden. Die Gewerkschaften akzeptierten diese Lösung, ohne eine Mobilisierung auf dem Bau zu organisieren.

Dieser Beitrag führt die Diskussion über den Begriff der Avantgarde weiter, die wir mit dem Text von Alain Bihl (*Debatte 16 und 17*) eröffnet haben. Peter Streckeisen beleuchtet an einigen Beispielen typische Zusammenhänge zwischen Avantgardismus und marxistischer Wissenschaft und damit verbundene politische Probleme. (Red.)

Peter Streckeisen

Avantgarde und Wissenschaft

Alain Bihl hat die ideale Avantgarde beschrieben: Im Dienste der Bewegung denkt sie kritisch über sich nach, erhebt nur einen begrenzten Wahrheitsanspruch, ist offen gegenüber anderen Avantgarden und macht sich überflüssig, indem sie die selbständige Aktion des Proletariats fördert. Wir können die politische Arbeit an diesem Idealbild ausrichten. Aber Bihl sagt uns nicht, warum die real existierenden Avantgarden ihm nicht entsprechen. Seine Avantgarden sind ein bisschen wie eine Schweiz ohne Berge, Arbeitsfrieden und Finanzplatz. Würden wir ein solches Gebilde überhaupt Schweiz nennen?

Die Frage ist nicht, ob wir einen Begriff (Avantgarde) gut oder schlecht finden, sondern wie wir uns zu einem Problem stellen, das bei jeder politischen Aktion auftaucht. Da gibt es stets Menschen, die Initiativen ergreifen und mehr wissen als andere. Es sind Intellektuelle dabei, die sich beruflich (oder aus Leidenschaft) mit Politik befassen. Avantgarden berufen sich in der Regel auf Wissenschaft, um ihren Führungsanspruch zu begründen. Dabei wird sie nicht als Quelle von Kritik oder Fragen genutzt, sondern als Lieferantin politischer Gewissheiten.

Marxistische Wissenschaft

In der marxistischen Tradition¹ beruht der Einsatz von Wissenschaft als Machtinstrument und Glaubensquelle auf der Gegenüberstellung bürgerlicher und marxistischer Wissenschaft. Im *Lehrbuch der marxistischen Soziologie* von Bucharin heisst es zum Beispiel: «Die praktische Aufgabe der Umgestaltung der Gesellschaft kann nur richtig gelöst werden bei einer wissenschaftlichen Politik der Arbeiterklasse, d.h. bei einer Politik, die sich auf die Theorie stützt, die das Proletariat in Gestalt der von Marx begründeten Theorie besitzt.»² Die marxistische sei der bürgerlichen Wissenschaft überlegen, weil deren Vertreter aus Sorge um die Verteidigung der

bürgerlichen Gesellschaft nicht tief und weit blicken könnten.

Lenin schreibt: «Im grossen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die gelehrten Kommis der



Lenin setzte seine Philosophie als politische Waffe gegen unliebsame Genossen ein.

Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis der Theologen.»³ Die philosophische Diskussion dient ihm als Vorwand, um unliebsame Genossen zu bekämpfen: So wurde Bogdanov nicht nur in *Materialismus und Empirio-kritizismus* der idealistischen Abweichung überführt, sondern etwa zur selben Zeit auch aus der Partei ausgeschlossen. Lenins Philosophie ist ähnlich gestrickt wie die Weltansicht von G. W. Bush: «Entweder ihr seid mit oder gegen uns.» Man ist Materialist oder Idealist. Gefährlich sind Idealisten, die sich als Materialisten ausgeben. Nur Spott bleibt für Autoren übrig, die (wie Marx in den *Thesen über Feuerbach*, aber das ignoriert Lenin) die klassische Gegenüberstellung von Idealismus und Materialismus in Frage stellen.

Wundersames Proletariat

Für Lukacs ist die proletarische Klassenlage der Punkt, von dem «das Ganze der Gesellschaft sichtbar wird». Der Marxismus entsteht aus diesem Punkt: «Nur weil es für das Proletariat ein Lebensbedürfnis, eine Existenzfrage ist, die vollste Klarheit über seine Klassenlage zu erlangen; weil seine Klassenlage nur in der Erkenntnis der ganzen Gesellschaft greifbar wird; weil seine Handlungen diese Erkenntnis zur unumgänglichen Voraussetzung haben, ist im historischen Materialismus zugleich die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats und die Lehre von der Wirklichkeit des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Entwicklung entstanden.»⁴ Lukacs erfindet ein Proletariat mit der wundersamen Fähigkeit, die ganze Gesellschaft zu sehen, um die Überlegenheit marxistischer Theorie zu behaupten. Das Proletariat dient hier dem Marxismus vielleicht mehr als umgekehrt.

Lukacs sah sich als orthodoxer Marxist, wobei dies für ihn eine Methodenfrage war. «Denn angenommen – wenn auch nicht zugegeben –, die neuere Forschung hätte die sachliche Unrichtigkeit sämtlicher einzelner Aussagen von Marx einwandfrei nachgewiesen, so könnte jeder ernsthafte orthodoxe Marxist alle diese neuen Resultate bedingungslos anerkennen, sämtliche einzelnen Thesen von Marx verworfen – ohne für eine Minute seine marxistische Orthodoxie aufgeben zu müssen.»⁵ Der Glaube an die Forschungsmethode des Marxismus bliebe selbst dann, wenn diese immer zu falschen Ergebnissen führte.

Klassenkollaboration

Ein unerschütterlicher Glaube an den Marxismus und an sich selbst zeichnet auch Mandel aus. Im Buch *Marxistische Wirtschaftstheorie* verarbeitet er die neusten wissenschaftlichen Ergebnisse im Lichte des

«Avantgarden berufen sich in der Regel auf Wissenschaft.»



Zwei Freunde bei der Arbeit. Nicht Marx, sondern Engels hat den Wissenschaftlichen Sozialismus erfunden.

Marxismus. Dafür braucht Mandel weder Marx noch marxistische Literatur zu zitieren, weil er sich selbst als Verkörperung der marxistischen Methode sieht. «Was wir zu zeigen versuchen, ist, dass man aus den empirischen Daten der heutigen Wissenschaft das gesamte ökonomische System von Karl Marx rekonstruieren kann. Mehr noch: wir werden uns um den Nachweis bemühen, dass allein die Marxsche Wirtschaftslehre diese Synthese aller menschlichen Wissenschaften erlaubt.»⁶ **Die bürgerliche Wissenschaft liefert Ergebnisse, die sie nicht versteht, und der Marxismus bildet daraus ein System, in dem alles Sinn macht: Ein tolles Beispiel der Klassenkollaboration, erst noch unter proletarischer Hegemonie.**

Marx als Arbeiter

Bucharin, Lenin, Lukacs und Mandel sind typische Beispiele marxistischen Avantgardismus, der seinen politischen Führungsanspruch auf Theorien begründet, die wissenschaftlich nicht über jeden Zweifel erhaben sind (ausser in den Augen der Gläubigen). In den Schriften von Marx selbst ist die Gegen-

überstellung bürgerlicher und sozialistischer Wissenschaft nicht zu finden. Sie taucht erst bei Engels auf.⁷ Doch auch Marx unterlag scheinbar manchmal der Illusion, als Arbeiter für die Arbeiter zu schreiben. So steht im Nachwort zur 2. Auflage des ersten *Kapital*-Bandes: «Das Verständnis, welches Das Kapital rasch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterklasse fand, ist der beste Lohn meiner Arbeit.» Marx zitiert einen Fabrikanten, «dass der grosse theoretische Sinn, der als deutsches Erbgut galt, den sog. gebildeten Klassen Deutschlands durchaus abhanden gekommen ist, dagegen in seiner Arbeiterklasse neu auflebt.»⁸

Glaubensbekenntnisse

Die marxistische Theorie der bürgerlichen Wissenschaft vergisst, dass die intellektuelle Welt eine gewisse Unabhängigkeit genießt und nach Regeln funktioniert, die sich nicht direkt aus dem Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ableiten lassen. Im Streit um Einfluss in dieser Welt ist die Erklärung, «Marxist» zu sein, ein Glaubensbekenntnis⁹,

das nichts über die Qualität der intellektuellen Arbeit aussagt. Wenn Marxisten allerdings nur Marxisten lesen, verzichten sie auf Anregungen wichtiger Autoren wie Max Weber, Foucault oder Bourdieu, die sich nicht als Marxisten bezeichneten, aber wichtige Ideen von Marx aufgegriffen haben.

Foucault sagte dazu einmal Folgendes: «Ich beziehe mich oft auf Konzepte, Texte und Sätze von Marx, fühle mich aber nicht verpflichtet, die bestätigende Etikette einer Fussnote mit einem lobenden Satz als Begleitung des Zitats anzufügen. Tut man das, wird man als einer betrachtet, der Marx kennt und verehrt, und entsprechend wird man in den so genannten marxistischen Zeitschriften geehrt. Aber ich beziehe mich auf Marx ohne es zu sagen, ohne Anführungszeichen, und weil die Leute unfähig sind, die Texte von Marx zu erkennen, sehen sie mich als jemanden, der sich nicht auf Marx bezieht.»¹⁰

Im Dienst höherer Werte

Der Marxismus fühlt sich der bürgerlichen Vorstellung von reiner oder neutraler Wissenschaft überlegen. Doch bestärkt auch er den Glauben der Intellektuellen, im Dienst höherer Werte (nicht nur für die Wahrheit; auch noch für die Revolution) tätig zu sein statt Eigeninteressen (Karriere, Einfluss, Prestige) zu verfolgen. Paradoxerweise wird die intellektuelle Praxis auch im Marxismus kaum als besondere klassenspezifische und interessengebundene Tätigkeit reflektiert. Wie Bourdieu betont: «Die Intellektuellen [linke wie rechte, Anmerkung P.S.] sind sich immer darin einig, ihr eigenes Spiel und das, worum es ihnen dabei geht, aus dem Spiel zu lassen.»¹¹

Wie jeder problematische Avantgardismus beruht das marxistische Wissenschaftsverständnis auf einem unreflektierten Verhältnis zwischen den Intellektuellen und der Masse. Es liegt durchaus im Interesse orthodoxer Marxisten, sich Illusionen über das Proletariat zu machen, um sich ihrer revolutionären Aufgabe wie ihrem Wahrheitsanspruch



Nur keine falsche Bescheidenheit: Ernest Mandel verkörperte den Marxismus.

sicher zu sein. Doch auch marxistische Intellektuelle gehören weder zur Arbeiterklasse noch zur Bourgeoisie, sondern bilden mit ihren bürgerlichen Kollegen eine besondere Klasse (oder Klassenfraktion), die durch entsprechende Interessen, Werte und Illusionen (etwa der Glaube, eine höhere Tätigkeit im Dienste höherer Werte zu verrichten) geprägt ist. Sie blenden ihre eigene Klassenlage und ihre Klasseninteressen aus (sowie die Macht, die sie unter Umständen über Lohnabhängige ausüben), wenn sie die Kämpfe im Feld der Wissenschaft direkt als Ausdruck des Kampfs zwischen Arbeit und Kapital interpretieren.

Unabhängigkeit und Revolution

Der erste ernsthafte marxistische Versuch, auf Glaubensbekenntnisse zu verzichten und das real existierende Proletariat wirklich zu untersuchen, wurde ab 1929 am Frankfurter Institut für Sozialforschung unternommen.¹² Deshalb gebührt das letzte Wort dem Institutsleiter: «Der Intellektuelle, der bloss in aufblickender Verehrung die Schöpferkraft

des Proletariats verkündet und seine Genugtuung darin findet, sich ihm anzupassen und es zu verklären, übersieht, dass jedes Ausweichen vor theoretischer Anstrengung, die er in der passiven Einstellung seines Denkens erspart, sowie vor einem zeitweiligen Gegensatz zu den Massen, in den eigenes Denken ihn bringen könnte, diese Massen blinder und schwächer macht, als sie sein müssen. Sein eigenes Denken gehört als kritisches, vorwärtstreibendes Element zu ihrer Entwicklung mit hinzu. Dass sie sich völlig unter die jeweilige psychologische Verfassung der Klassen unterordnen, die an sich die Kraft zur Veränderung darstellt, führt jene Intellektuellen zum beglückenden Gefühl, mit einer ungeheuren Macht verbunden zu sein, und in einen professionellen Optimismus. Wird dieser in Perioden schwerster Niederlagen erschüttert, so gerät mancher Intellektuelle in Gefahr, in ebenso bodenlosen sozialen Pessimismus und Nihilismus zu verfallen, wie sein Optimismus übertrieben war. Sie ertragen es nicht, dass gerade das aktuellste, die geschichtliche Situation am tiefsten erfassende, zukunftsreichste Denken in bestimmten Perioden es mit sich bringt, seine Träger zu isolieren und auf sich selbst zu stellen. Sie haben die Beziehung von Unabhängigkeit und Revolution verlernt.»¹³ ♦

1 Ich beziehe mich auf typische, im 20. Jahrhundert vorherrschende Formen des Marxismus. Natürlich gibt es eine Vielfalt marxistischer Theorien, der ich in diesem kurzen Text nicht Rechnung tragen kann.

2 Nikolaj Bucharin (1922): *Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie* (S. 2)

3 Wladimir I. Lenin (1909): *Materialismus und Empirio-kritizismus. Berlin, Dietz Verlag 1962, S. 347. «Kommis» ist ein älterer Ausdruck für Handelsgehilfen oder einfache Angestellte.*

4 Georg Lukacs (1923): *Geschichte und Klassenbewusstsein. Darmstadt/Neuwied, Luchterhand 1983* (S. 87)

5 *Ibidem* S. 58

6 Ernest Mandel (1968): *Marxistische Wirtschaftstheorie. Suhrkamp Verlag* (S. 16)

7 Friedrich Engels: *Herr Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* (1878) & *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* (1880)

8 Karl Marx (1873): *Das Kapital* (Band I). MEW 23 (S. 19)

9 Pierre Bourdieu (1993): *Soziologische Fragen. Suhrkamp Verlag* (S. 25)

10 Michel Foucault (1980): *Power/Knowledge. Selected Interviews and other Writings 1972-1977* (S. 52) (Übersetzung des Zitats durch Peter Streckeisen)

11 Pierre Bourdieu (1993): *Soziologische Fragen. Suhrkamp Verlag* (S. 61)

12 *Die Studien über das (politische) Bewusstsein der Arbeiter und Angestellten konnten aufgrund des Triumphs der Nazis nicht abgeschlossen werden; vgl. Erich Fromm (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reichs. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt*

13 Max Horkheimer (1937): *Traditionelle und kritische Theorie. Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 6* (S. 268)

Der literarische Sprengel

GASTARBEITER (1962)

MICHAEL UND ICH GEHEN ZUM BAHNHOF.
IN DER HALLE SIND VIELE MÄNNER.
SIE REDEN UND SINGEN.
MICHAEL UND ICH VERSTEHEN KEIN WORT.
VATI SAGT, DASS DAS DIE ITALIENER SIND.
ER SAGT, DASS SIE FAUL, KLEIN UND DRECKIG SIND.
MUTTI SAGT, DASS SIE AUFDRINGLICH SIND.
SEIT ZWEI WOCHEN IST EIN ITALIENER
BEI VATI IN DER FIRMA.
ER IST SAUBER, FLEISSIG UND AUS SPANIEN.
MUTTI IST DREIMAL AM BAHNHOF GEWESEN.
NIEMAND HAT SIE BELÄSTIGT.
JETZT SIND VATI UND MUTTI SAUER.
SIE SAGEN: DAS IST TYPISCH FÜR DIE ITALIENER,
SIE VERSTELLEN SICH ALLE.

Robert Gernhardt, 1937-2006

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein pro *Debatte* c/o **Bewegung für den Sozialismus**, Postfach 2002, 4001 Basel. PC 60-127876-2.

Redaktion: Hanspeter Gysin, Lothar Moser, Sarah Schilliger, David Soofali, Peter Streckeisen, Karin Vogt, Maurizio Coppola, Annette Erzinger

Druck: Deltagraph Biel

Kontakt: kontakt@debatte.ch

Agenda

Lesekreis – Die revolutionären Ideen des Karl Marx

Auch 2011 findet in Bern, Zürich und Basel Lesekreise zu marxistischer Literatur statt. Alle zwei Wochen treffen wir uns, um aktuelle und klassische Literatur rund um dem Marxismus kritisch zu diskutieren. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen!

Anmeldung Bern: colectivo@gmx.ch

Anmeldung Zürich: info@bfs-zh.ch

Anmeldung Basel: info@bfs-basel.ch

Nationale Bau-Demo: am 24. September in Bern

Für eine einheitliche und solidarische Mobilisierung der Lohnabhängigen! Kämpfen wir gemeinsam für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen!

Wann: Samstag, 24. September 2011, 13:30 Uhr

Wo: Schützenmatte in Bern

Kein Mensch ist illegal – Demonstration am 1. Oktober

Heuchelei ist das bestimmende Kennzeichen der schweizerischen Politik gegenüber Sans-Papiers. Einerseits nimmt man ihre Arbeit gerne in Anspruch, andererseits werden ihnen die Grundrechte offiziell verweigert. Kämpfen wir gemeinsam für die kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers und für gleiche politische, soziale und ökonomische Rechte für alle!

Wann: Samstag, 1. Oktober 2011, 14:30 Uhr

Wo: Schützenmatte in Bern

Culturescapes Israel – Keine Bühne für Apartheid und Besatzung

Bis Ende Jahr finden überall dort, wo Culturescapes Israel 2011-Veranstaltungen angesagt sind, Protestveranstaltungen statt.

Infos unter: www.nahostfrieden.ch



DEBATTE ABONNIEREN

Debatte-Online www.debatte.ch

BFS Zürich www.bfs-zh.ch

BFS Basel www.bfs-basel.ch

À l'encontre www.alencontre.org

Solidarietà www.solidarieta.ch

Abonniere die *Debatte* für **Sfr. 20.-** ein Jahr lang (4 Ausgaben)!

Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo»

Solidaritäts-Abonnement: ab Sfr. 50.- pro Jahr

Diese Zeitung wird ausschliesslich von ehrenamtlich arbeitenden Redaktorinnen und Redaktoren gemacht. Trotzdem fallen im Zusammenhang mit Druck und Versand der *Debatte* **erhebliche Kosten an. Für Spenden sind wir deswegen dankbar!** Spenden an: PC 60-127876-2, Vermerk «Spende»